

Geschäftsbericht 2018

Bayerische Landesbrandversicherung AG

Geschäftszahlen im Überblick

Bayerische Landesbrandversicherung AG		2018	2017	2016	2015	2014
Versicherungsbestand: Anzahl der Verträge	Tsd.	2.744	2.752	2.802	2.823	2.855
Schäden: Anzahl der gemeldeten Schäden	Tsd.	45	48	47	58	43
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	523,5	510,7	493,3	481,4	460,9
Selbstbehaltquote	%	68,6	69,2	70,5	69,7	71,1
Bilanzielle Schadenquote brutto	%	72,7	64,7	64,4	61,7	64,9
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	Mio. €	-380,9	-329,8	-317,8	-296,8	-299,6
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb brutto	Mio. €	-129,4	-121,1	-118,4	-109,1	-102,8
Kostensatz (in % der gebuchten Bruttobeiträge)	%	24,7	23,7	24,0	22,7	22,3
Combined Ratio (brutto) nach GDV	%	103,1	94,4	94,5	90,5	93,1
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	Mio. €	40,0	41,5	31,3	45,1	35,8
Nettoverzinsung	%	4,4	4,8	3,8	5,7	5,1
Laufende Durchschnittsverzinsung (nach Verbandsformel)	%	4,4	4,5	3,6	5,7	5,0
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	Mio. €	36,5	18,5	19,3	33,1	34,8
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	Mio. €	40,5	39,3	30,5	39,4	31,3
Kapitalanlagen	Mio. €	922,0	891,6	832,7	823,2	745,0
Versicherungstechnische Rückstellungen brutto	Mio. €	740,2	714,9	667,5	617,6	606,4
Eigenkapital	Mio. €	304,1	293,4	283,8	299,8	299,1
Jahresüberschuss	Mio. €	44,4	33,7	24,1	40,1	39,4

Inhalt

2 Gremien

Lagebericht

4 Lagebericht

Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung

28 Bilanz zum 31. Dezember 2018

30 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Anhang

32 Angabe zur Identifikation

32 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

36 Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände
und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2018

38 Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

41 Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

44 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

47 Sonstige Angaben

50 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

56 Bericht des Aufsichtsrats

58 Impressum

Gremien

Aufsichtsrat

Walter Pache

Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands i. R.
Sparkasse Günzburg-Krumbach

Bernd Jung

Stellvertretender Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Südliche Weinstraße

Josef Borchi

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Rottal-Inn

Michael Decker

Mitarbeiter IT-Services

Norbert Dippold

Mitarbeiter Aktive Rückversicherung, Retrozession
(seit 9. Oktober 2018)

Anita Eckerlein

Mitarbeiterin Konzernkostencontrolling

Gisela Geiger

Mitarbeiterin Formularmanagement i. R.

Dr. Thomas Heidingsfelder

Geschäftsbereichsleiter
Sparkassenverband Bayern

Harald Kraus

Mitglied des Vorstands
Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling

Dr. Ewald Maier

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Forchheim

Uta-Barbara Moser

Mitarbeiterin Außendienst

Georg Pirner

Mitglied des Betriebsrats

Prof. Dr. Ulrich Reuter

Landrat
Landkreis Aschaffenburg

Jürgen Schäfer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau

Mischa Schubert

Mitglied des Vorstands
Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg am Inn

Thomas Schwarzbauer

Vorsitzender des Vorstands
Kreis- und Stadtparkasse Dillingen a. d. Donau

Johannes von Hebel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Erlangen

Franz Wittmann

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse im Landkreis Cham

Vorstand

Dr. Frank Walthes

Vorsitzender

Unternehmensplanung, Personal, Revision,
Unternehmensrecht, Zentrales Controlling,
Öffentlichkeitsarbeit, Rückversicherung,
Gesamtrisikomanagement,
Betriebsorganisation-Governance

Barbara Schick

Stellvertretende Vorsitzende

Komposit (Versicherungsbetrieb,
Produktentwicklung, Mathematik,
Maklervertrieb, Technisches Risikomanagement)

Dr. Robert Heene

Versicherungsbetrieb, Schaden-/
Leistungsbearbeitung, Zahlungsverkehr

Klaus G. Leyh

Vertrieb und Marketing

Isabella Pfaller

Rechnungswesen, Vermögensanlage
und -verwaltung, Unternehmenssteuern

Dr. Ralph Seitz

Lebensversicherung (Versicherungsbetrieb,
Produktentwicklung, Mathematik)

Dr. Stephan Spieleder

Allgemeine Services, IT, Digitalisierung,
Projekte und Beratung

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Bayerische Landesbrandversicherung AG, München, gegründet im Jahr 1811 als Anstalt des öffentlichen Rechts, ist einer der führenden Gebäudeversicherer Deutschlands. Sie sichert Risiken rund um das Haus ab. Der in Bayern und der Pfalz regional tätige Kompositversicherer bietet Feuer-, Wohngebäude-, Elementarschaden- und andere Sachversicherungen an. Aktiv engagiert sich die Bayerische Landesbrandversicherung im Risikomanagement und in der Brandverhütung. Durch Aufklärung fördert sie den bewussten Umgang mit Risiken und hilft so, Gefahren zu erkennen, zu beurteilen und zu bewältigen und damit Schäden zu vermeiden oder deren Ausmaß zu minimieren.

Neben dem Betrieb der Kompositversicherung übernimmt die Bayerische Landesbrandversicherung zentrale Dienstleistungsaufgaben für Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer. Zu diesen zentralen Aufgaben gehören unter anderem Betriebsorganisation und Datenverarbeitung. Im Rahmen einer zentralen und konzerneinheitlichen Ausrichtung von Betriebsorganisation und Datenverarbeitung entwickelt die Bayerische Landesbrandversicherung unternehmensübergreifend Bestandsführungs-, Schaden- und Vertriebssysteme.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft war im Jahr 2018 weiterhin von Wachstum geprägt. Die Wachstumsintensität erwies sich dabei in den einzelnen Ländern als zunehmend heterogen. Während die Vereinigten Staaten von Amerika durch den privaten Konsum und durch Impulse aus der Steuerreform ein hohes Wachstum zeigten, verlor die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und in China etwas an Schwung. Das moderate Wachstum im Euroraum wurde weiterhin unterstützt von der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) mit niedrigen Zinsen und Anleihekäufen.

Auch die deutsche Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2018 ein anhaltendes Wachstum, wenngleich mit nachlassendem Wachstumstempo. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahresvergleich um 1,5 (2,2) Prozent. Eine dämpfende Wirkung auf das Wachstum hatte die sehr hohe Kapazitätsauslastung in vielen Wirtschaftsbereichen. Hinzu kamen mehrere Unsicherheiten aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, wie mögliche Handelskonflikte, die Gefahr eines unregulierten Brexits, das Risiko einer Schuldenkrise in Italien, politische und gesellschaft-

liche Konflikte in der Europäischen Union (EU) sowie der Vertrauensverlust gegenüber Schwellenländern.

Eine wichtige Stütze des konjunkturellen Aufschwungs in Deutschland war weiterhin die starke Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,0 (1,8) Prozent, die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich um 1,1 (1,6) Prozent. Die Sparquote lag gemäß Statistischem Bundesamt mit 10,3 (9,9) Prozent über dem Vorjahresniveau. Neben dem Konsum wurde das Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 auch durch Investitionen gestützt.

Zu der günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt, trug insbesondere die äußerst günstige Arbeitsmarktlage mit Rekordbeschäftigung und niedriger Arbeitslosigkeit bei. Die Anzahl der Erwerbstätigen erreichte mit rund 44,8 (44,3) Mio. Personen einen neuen Höchststand. Einen etwas dämpfenden Effekt auf das Wachstum des verfügbaren Einkommens hatte der Anstieg der Verbraucherpreise um 1,9 Prozentpunkte. Einen maßgeblichen Anteil am Preisauftrieb hatten die Energiepreiserhöhungen.

Entwicklung des Kapitalmarkts

Die internationalen Notenbanken zeigten sich vorsichtig bezüglich eines möglichen Kurswechsels vom bisherigen expansiven Pfad. Die Federal Reserve Bank (FED) setzte ihre Politik der moderaten Zinserhöhungen fort und auch die EZB reduzierte ihre expansive Ausrichtung. Trotzdem verharteten die langfristigen Zinsen (10 Jahre) in Deutschland auf sehr niedrigem Niveau zwischen 0,2 Prozent und 0,8 Prozent, während sich vergleichbare Anlagen in den USA zwischen 2,4 Prozent und 3,2 Prozent bewegten.

Die Gesamtinflationen unterlagen insbesondere aufgrund der Energiepreise Schwankungen. Auch protektionistische Maßnahmen der USA und Chinas (Erhebung von Zöllen) beeinflussten die Höhe der Inflation. Die Inflation pendelte sich gegen Jahresende in der EU und in den USA auf einem stabilen Niveau ein. Mehrheitlich werden für das Jahr 2019 niedrige Inflationsraten für die EU und die USA erwartet.

Aufgrund der Zinsdifferenz gab auch der Euro im Vergleich zum US-Dollar leicht nach und fiel von 1,20 US-Dollar je Euro auf 1,15 US-Dollar je Euro zum Jahresende.

Sorgen um eine nachlassende globale Konjunktorentwicklung, internationale Handelskonflikte und makroökonomische Unsicherheiten belasteten im Jahr 2018 die Finanzmärkte. Die internationalen Aktienmärkte entfernten sich im Jahresverlauf weit von ihren historischen Höchstständen und erlitten deutliche Verluste. Die amerikanischen Aktienindizes verloren seit Anfang des Jahres 2018 ca. 5 Prozent, der europäische Aktienmarkt 12,5 Prozent und der deutsche Aktienmarkt sogar 18,3 Prozent an Wert. Auch die Aktien der Emerging Markets notierten zum Jahresende 2018 rund 15 Prozent tiefer. Für das Jahr 2019 wird überwiegend prognostiziert, dass an den Aktienmärkten eine Kurserholung eintreten wird, sobald weltweit eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung erreicht und ein zuversichtliches Wirtschaftsklima geschaffen wird.

Branchenentwicklung

Die deutsche Versicherungswirtschaft bewegte sich im Jahr 2018 weiterhin in einem noch günstigen wirtschaftlichen Umfeld mit sich verstärkenden herausfordernden regulatorischen, politischen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Zentrale Herausforderung für die Versicherer ist nach wie vor das anhaltende Niedrigzinsumfeld. Bislang beweist die Branche erfolgreich, dass sie mit ihrer auf Sicherheit und Stabilität ausgerichteten Kapitalanlage auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner für die Bürger bei der Absicherung der Risiken aus der Sach- und Personenversicherung bleibt.

Neben dem Zinsumfeld stellt die hohe Regulierungsinintensität, verbunden mit kontinuierlichen Änderungen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben, eine große Herausforderung für die Versicherungswirtschaft dar. Beispiele hierfür sind die seit dem Jahr 2018 geltenden Anforderungen aus dem Investmentsteuerreformgesetz und aus der EU-Vermittlerrichtlinie (Insurance Distribution Directive). Auch die Umsetzung der Anforderungen des seit dem 1. Januar 2016 gültigen Aufsichtsregimes Solvency II bindet nach wie vor viele Kapazitäten.

Die Digitalisierung beschäftigt die Versicherungswirtschaft weiterhin. Zwar bindet die digitale Transformation aktuell viele Kapazitäten, bietet aber auch Chancen zur Erschließung neuer Geschäftsmöglichkeiten und zur effizienteren Gestaltung von bestehenden Geschäftsprozessen.

Im Geschäftsjahr 2018 verzeichneten die deutschen Versicherer über alle Sparten hinweg eine positive Entwicklung der Beitragseinnahmen. Hierzu trug die Entwicklung des Einmalbeitragsgeschäfts in der Lebensversicherung wesentlich bei. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) geht in einer vorläufigen Schätzung (Jahrespressekonferenz am 29. Januar 2019) von einem Beitragswachstum in Höhe von insgesamt 2,1 (1,9) Prozent aus.

Die Schaden- und Unfallversicherung setzte ihren Aufwärtstrend der Vorjahre fort und erzielte ein Beitragsplus in Höhe von 3,3 (3,1) Prozent. Hierzu trug insbesondere die positive Lage der privaten Haushalte bei, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt.

Das Beitragswachstum wurde von nahezu allen Versicherungszweigen getragen. Wie in den Vorjahren gingen starke Impulse von den privaten Sachsparten aus. Insbesondere die Verbundene Wohngebäudeversicherung entwickelte sich mit einer Steigerung in Höhe von 6,5 Prozent deutlich positiv. Auch die nicht-privaten Sachsparten zeigten mit 3,8 Prozent einen starken Beitragsanstieg. Die Kraftfahrtversicherung, mit einem Anteil von rund 40 Prozent der größte Versicherungszweig, legte erneut zu und zeigte ein Wachstum in Höhe von 3,2 Prozent.

Die Leistungen der Schaden- und Unfallversicherer erhöhten sich im Jahr 2018 nach vorläufigen Schätzungen des GDV gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Prozent. Dabei führten Unwetterereignisse, vor allem schwere Stürme wie Friederike und Burglind am Jahresbeginn, sowie mehrere Feuergroßschäden und ein hoher Betriebsunterbrechungsschaden zu steigenden Schadenquoten. Einen deutlichen Anstieg der Leistungen zeigte im Jahr 2018 wie auch schon im Vorjahr die Verbundene Wohngebäudeversicherung mit 20,0 Prozent. Auch die nicht-privaten Sachsparten verzeichneten mit einem Plus in Höhe von 23,5 Prozent eine deutliche Steigerung der Leistungen. Aufgrund der kräftig gestiegenen Preise für Pkw-Ersatzteile kam es wie in den Vorjahren zu einem deutlichen Anstieg bei Reparaturkosten nach Unfällen für die Versicherer. Die Leistungen der Kraftfahrtversicherung erhöhten sich um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Combined Ratio (brutto) nach GDV, die neben dem Geschäftsjahresaufwand auch das Abwicklungsergebnis umfasst, lag mit rund 96 (93) Prozent über dem Vorjahresniveau.

Geschäftsentwicklung und Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2018 endete mit einem Jahresüberschuss von 44,4 Mio. Euro nach 33,7 Mio. Euro im Vorjahr. Somit ist die Prognose des Vorjahres, die von einem deutlich positiven, über dem Niveau des Geschäftsjahres 2017 liegenden Jahresüberschuss ausging, eingetroffen. Die Verbesserung resultierte aus dem Bereich der Versicherungstechnik.

Die Bayerische Landesbrandversicherung konnte wie geplant mit einem Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge um 2,5 Prozent auf 523,5 (510,7) Mio. Euro ihre gute Stellung als Gebäudeversicherer am Markt behaupten. Das Wachstum resultierte im Wesentlichen aus der Sonstigen und Industriellen Sachversicherung.

Die Brutto-Schadenquote lag mit 72,7 (64,7) Prozent deutlich über dem Vorjahresniveau. Der Plan, der eine deutliche Verbesserung der Quote vorsah, wurde aufgrund einer deutlich über der Erwartung liegenden Großschadenbelastung nicht erreicht. Der Kostensatz (brutto), für den ein konstanter Verlauf geplant war, belief sich auf 24,7 (23,7) Prozent. Zu der Erhöhung führten insbesondere über Plan liegende Aufwendungen für Altersvorsorge aufgrund neu festgelegter Bewertungsparameter bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen. Die Combined Ratio (brutto) stieg damit entgegen der prognostizierten Verbesserung auf 103,1 (94,4) Prozent.

Aufgrund eines günstigeren Rückversicherungssaldos und Entnahmen aus der Schwankungsrückstellung wurde mit 36,5 (18,5) Mio. Euro wie geplant ein über dem Vorjahr liegendes versicherungstechnisches Nettoergebnis erzielt.

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis (vor Steuern) erhöhte sich von 39,3 Mio. Euro auf 40,5 Mio. Euro. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultierte aus dem sonstigen nichtversicherungstechnischen Ergebnis, das durch Einmaleffekte positiv beeinflusst war. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen lag dagegen wie prognostiziert etwas unter dem Niveau 2017. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen ging von 4,8 Prozent im Vorjahr auf 4,4 Prozent im Geschäftsjahr zurück. Die Steueraufwendungen lagen bei einem höheren Vorsteuerergebnis über dem Vorjahresniveau.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich um 2,5 Prozent auf 523,5 (510,7) Mio. Euro, was im Wesentlichen aus der Sonstigen- und Industriellen Sachversicherung resultierte. Die Treiber hierfür waren vor allem Vertriebsleistung und Sanierungsmaßnahmen im Bestand sowie die sukzessive Umstellung der Hagelbestände auf das neue Produkt, welches im Risikoträger der Bayerischen Landesbrandversicherung geführt wird. Für den eigenen Rückversicherungsschutz wurden 164,4 (157,3) Mio. Euro aufgewendet. Dies entsprach einer Selbstbehaltquote in Höhe von 68,6 (69,2) Prozent.

Bestand

Der Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungen lag mit 2.744.168 (2.752.229) Verträgen leicht unter dem Vorjahr.

Versicherungsleistungen

Die Anzahl der im Geschäftsjahr gemeldeten Schäden (Geschäftsjahresschäden und Spätschäden) belief sich auf 45.440 (47.864) Stück, was auf die im Vergleich zum Vorjahr geringere Feuer- und Sturmschadenbelastung zurückzuführen ist.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres beliefen sich auf 395,6 (354,2) Mio. Euro. Diese Entwicklung resultierte vor allem aus einer stärkeren Großschadenbelastung in der Feuerversicherung. Gegenläufig wirkte ein besserer Großschadenverlauf in den Sonstigen Versicherungen. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag dementsprechend bei 75,5 (69,5) Prozent.

Das Abwicklungsergebnis lag bei 14,7 (24,4) Mio. Euro. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle stiegen insgesamt auf 380,9 (329,8) Mio. Euro.

Kosten

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb lagen bei 129,4 (121,1) Mio. Euro. Der absolute Anstieg resultierte sowohl aus den Betriebs- als auch aus den Provisionskosten. Der Abschluss- und Verwaltungskostensatz lag bei 24,7 (23,7) Prozent.

Geschäftsverlauf nach Versicherungszweigen

Beitragsentwicklung gebuchte Bruttobeiträge	Geschäftsjahr				Vorjahr		Veränderung ¹		
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%			
Feuer- und Sachversicherung			509,7	97,4			497,6	97,4	2,4
davon:									
▪ Feuerversicherung	223,0	42,6			216,4	42,4			3,0
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	174,6	33,4			179,7	35,2			-2,8
▪ Sonstige Sachversicherungen	112,1	21,3			101,5	19,9			10,4
Sonstige Versicherungen			13,8	2,6			13,1	2,6	5,3
Gesamtes Versicherungsgeschäft			523,5	100,0			510,7	100,0	2,5

¹ Prozentangaben sind auf gerundete Zahlen in Euro bezogen.

Anzahl der gemeldeten Schäden	Geschäftsjahr		Vorjahr		Veränderung %
Feuer- und Sachversicherung		45.348		47.753	
davon:					
▪ Feuerversicherung		8.832		9.413	-6,2
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung		20.569		23.816	-13,6
▪ Sonstige Sachversicherungen		15.947		14.524	9,8
Sonstige Versicherungen		92		111	-17,1
Gesamtes Versicherungsgeschäft		45.440		47.864	-5,1

Feuerversicherung

In der landwirtschaftlichen Feuerversicherung stiegen die gebuchten Bruttobeiträge um 2,5 Prozent auf 74,4 (72,6) Mio. Euro. Ausschlaggebend hierfür waren eine erfolgreiche Anbündelung von Deckungserweiterungen sowie Indexanpassungen im Bestand.

Der Brutto-Geschäftsjahresschadenaufwand lag mit 45,0 (41,3) Mio. Euro großschadenbedingt über dem Vorjahresniveau. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote erhöhte sich auf 60,9 (57,5) Prozent.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung war durch das positivere Rückversicherungsergebnis beeinflusst und belief sich auf 7,5 (4,9) Mio. Euro.

In der Sonstigen Feuerversicherung stiegen die gebuchten Bruttobeiträge aufgrund von Vertriebsleistung, Index- und Summenanpassungen um 3,5 Prozent auf 105,4 (101,8) Mio. Euro.

Der Brutto-Geschäftsjahresschadenaufwand erhöhte sich großschadenbedingt gegenüber dem Vorjahr auf 101,7 (71,2) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag demzufolge bei 96,7 (69,8) Prozent.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung belief sich auf -0,2 (0,9) Mio. Euro.

Die gebuchten Bruttobeiträge der Industriellen Feuerversicherung lagen mit 43,2 (42,0) Mio. Euro über dem Vorjahresniveau.

Der Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwand erhöhte sich aufgrund der Großschadenbelastung auf 44,1 (33,6) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahres-Schadenquote stieg auf 101,1 (79,9) Prozent an.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung lag bei -3,6 (-3,7) Mio. Euro, was überwiegend auf das deutlich rückläufige Bruttoergebnis zurückzuführen war.

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Die gebuchten Bruttobeiträge in der verbundenen Wohngebäudeversicherung gingen um 2,8 Prozent auf 174,6 (179,7) Mio. Euro aufgrund der Umstellung des Bestands auf das neue Produkt, welches im Bayerischen Versicherungsverband geführt wird, zurück.

Der Brutto-Geschäftsjahresschadenaufwand lag mit 111,6 (110,2) Mio. Euro leicht über dem Vorjahr. Die Brutto-Geschäftsjahres-Schadenquote belief sich auf 63,0 (61,0) Prozent.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis lag bei 27,7 (22,7) Mio. Euro. Der Rückgang im versicherungstechnischen Bruttoergebnis wurde durch ein besseres Rückversicherungsergebnis sowie durch Entnahmen aus der Schwankungsrückstellung überkompensiert.

Gemäß Abschnitt I Nr.7 Abs.1 Satz 2 zu § 29 RechVersV kann die Auflösung der Schwankungsrückstellung auf das Bilanzjahr und die folgenden vier Geschäftsjahre gleichmäßig verteilt werden. Von diesem Wahlrecht wurde in der Sparte Verbundene Wohngebäudeversicherung Gebrauch gemacht.

Sonstige Sachversicherungen

Der Geschäftsverlauf der wesentlichen Versicherungsarten der Sonstigen Sachversicherungen wird im Folgenden beschrieben.

Die gebuchten Bruttobeiträge in der Sturmversicherung stiegen um 7,0 Prozent auf 25,8 (24,1) Mio. Euro aufgrund steigender Vertriebsleistung. Die geringere Kumulschadenbelastung führte zu einem Rückgang der Brutto-Geschäftsjahresschadenquote auf 55,0 (79,5) Prozent. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung belief sich auf 3,6 (1,8) Mio. Euro.

In der Extended-Coverage(EC)-Versicherung stiegen die gebuchten Bruttobeiträge aufgrund Vertriebsleistung, Beitragsanpassungen und konzerninterner Umstellungen um 7,6 Prozent auf 60,5 (56,2) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote erhöhte sich auf 71,5 (63,6) Prozent. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung belief sich auf 9,2 (-2,1) Mio. Euro. Der Rückgang im versicherungstechnischen Bruttoergebnis wurde durch ein besseres Rückversicherungsergebnis sowie durch Entnahmen aus der Schwankungsrückstellung überkompensiert.

Sonstige Versicherungen

Die gebuchten Bruttobeiträge in der Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung stiegen um 6,2 Prozent auf 13,7 (12,9) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote verringerte sich auf 85,2 (165,6) Prozent. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung lag bei -1,4 (-2,0) Mio. Euro.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf 40,0 (41,5) Mio. Euro.

Die Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 54,5 (53,6) Mio. Euro waren auf vergleichbarem Niveau wie im Vorjahr. Diese setzten sich im Wesentlichen aus laufenden Erträgen aus Beteiligungen in Höhe von 13,0 (8,8) Mio. Euro, Erträgen aus Grundstücken und Gebäuden in Höhe von 32,4 (31,0) Mio. Euro und Erträgen aus anderen Kapitalanlagen in Höhe von 8,1 (10,8) Mio. Euro zusammen. Die laufenden Aufwendungen aus Kapitalanlagen beliefen sich auf 9,5 (8,4) Mio. Euro.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen in Höhe von 14,5 (12,1) Mio. Euro waren im Wesentlichen durch Abschreibungen auf Investmentanteile in Höhe von 1,0 (0,0) Mio. Euro auf höherem Niveau als im Vorjahr.

Die Nettoverzinsung erreichte 4,4 (4,8) Prozent. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom GDV empfohlenen Methode – lag bei 4,4 (4,5) Prozent.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis (vor Steuern) belief sich auf 40,5 (39,3) Mio. Euro. Dabei ging das Kapitalanlageergebnis etwas zurück. Die sonstige Nichtversicherungstechnik zeigte einen leicht positiven Ergebnissaldo, zu dem Einmaleffekte aus der Auflösung von Rückstellungen führten. Die Steueraufwendungen lagen bei einem höheren Vorsteuerergebnis etwas über dem Vorjahresniveau.

Jahresüberschuss

Das versicherungstechnische Nettoergebnis verbesserte sich auf 36,5 (18,5) Mio. Euro. Das Ergebnis der nichtversicherungstechnischen Rechnung stieg auf 40,5 (39,3) Mio. Euro. Damit belief sich das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit auf 77,1 (57,8) Mio. Euro. Nach Steuern ergaben sich ein Jahresüberschuss und Bilanzgewinn von 44,4 (33,7) Mio. Euro.

Finanzlage

Liquidität

Die zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität wird durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung sichergestellt. Diese Liquiditätsplanung berücksichtigt Einzahlungen, die im Wesentlichen aus Beiträgen, Erträgen aus und Rückzahlungen von Kapitalanlagen stammen. Sie werden mit den Auszahlungen, die vorwiegend aus Versicherungsleistungen, Reinvestitionen in Kapitalanlagen sowie laufenden Ausgaben des Versicherungsbetriebs und Investitionen bestehen, zusammengeführt.

Die für das Versicherungsgeschäft wesentliche Investitionstätigkeit findet im Rahmen der Kapitalanlagen statt. Durch die vorschüssigen laufenden Beitragseinnahmen und die Rückflüsse aus den Kapitalanlagen fließen permanent liquide Mittel zu. Diese werden – neben den laufenden Auszahlungen für Leistungen an die Kunden – wiederum in Kapitalanlagen investiert, um die Erfüllung der zukünftigen Verpflichtungen stets gewährleisten zu können.

Investitionen

Investitionszweck im Hinblick auf die freien Mittel der Bayerischen Landesbrandversicherung ist eine optimierte Kapitalanlage. Dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht folgend sind sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt sind.

Die Bruttoneuanlagen beliefen sich auf 139,8 (104,9) Mio. Euro. Damit lag die Neuanlagequote bei 15,0 (12,6) Prozent des Kapitalanlagebestands.

Investitionsschwerpunkte waren im Jahr 2018 Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 35,0 Mio. Euro,

Namenschuldverschreibungen in Höhe von 12,0 Mio. Euro und Grundstücke und Gebäude in Höhe von 9,8 Mio. Euro. Es wurden kurzfristige Ausleihungen in Form von Darlehen an verbundene Unternehmen in Höhe von 77,0 Mio. Euro vergeben und eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage der Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG in Höhe von 10,4 Mio. Euro zur Stärkung der Eigenkapitalsituation vorgenommen. Über Investmentanteile wurde in Aktien investiert.

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Bayerischen Landesbrandversicherung stellte sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Aktiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	63,6	5,5	73,6	6,7
Kapitalanlagen	922,0	79,8	891,6	80,8
Übrige Aktiva	169,9	14,7	138,5	12,5
Gesamt	1.155,5	100,0	1.104,0	100,0

Passiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eigenkapital	304,1	26,3	293,4	26,6
Versicherungstechnische Rückstellungen	518,3	44,9	523,0	47,4
Übrige Passiva	333,1	28,8	287,4	26,0
Gesamt	1.155,5	100,0	1.104,0	100,0

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Den versicherungstechnischen Rückstellungen in Höhe von 518,3 (523,0) Mio. Euro standen Kapitalanlagen in Höhe von 922,0 (891,6) Mio. Euro sowie Eigenkapital in Höhe von 304,1 (293,4) Mio. Euro gegenüber. Derzeit besteht kein Bedarf an Finanzierungsmaßnahmen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen hatten mit 189,5 (149,4) Mio. Euro einen wesentlichen Anteil an den übrigen Passiva. Gemäß § 253 Abs. 2 HGB n. F. entspricht der angewandte Rechnungszins einem 10-Jahres-Durchschnittszins in Höhe von 3,21 (3,68) Pro-

zent. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus der jährlichen Zuführung (Zins- und Personalaufwand sowie Aufwand aus dem Zinsänderungseffekt). Die Veränderung der übrigen versicherungsmathematischen Bewertungsparameter gegenüber dem Vorjahr hatte keinen wesentlichen Einfluss.

Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

Eigenkapital	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eingefordertes Kapital	51,1	16,8	51,1	17,4
Kapitalrücklage	15,7	5,1	15,7	5,4
Gewinnrücklagen	192,9	63,5	192,9	65,7
Bilanzgewinn	44,4	14,6	33,7	11,5
Gesamt	304,1	100,0	293,4	100,0

Gesetzliche Kapitalanforderungen

Die Solvabilitätsbeurteilung nach Solvency II zeigte für das Unternehmen eine gute Ausstattung mit Solvenzkapital.

Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen der Bayerischen Landesbrandversicherung erhöhte sich um 3,4 Prozent auf 922,0 (891,6) Mio. Euro.

Die Bestandsveränderung resultierte im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 139,8 (104,9) Mio. Euro und Abgängen in Höhe von 114,2 (42,3) Mio. Euro.

Bei den Investmentanteilen setzte sich der Bestand im Wesentlichen aus Zinsträgern mit einem Anteil von rund 61 Prozent und Aktien mit einem Anteil von rund 39 Prozent zusammen.

Die Abgänge sind überwiegend durch Fälligkeit kurzfristiger Anlagen verursacht.

Die Kapitalanlagen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Kapitalanlagen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	125,0	13,6	119,1	13,4
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	146,6	15,9	90,2	10,1
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	327,7	35,5	336,1	37,7
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	65,4	7,1	30,5	3,4
Sonstige Ausleihungen	142,3	15,4	145,7	16,3
Einlagen bei Kreditinstituten	115,0	12,5	170,0	19,1
Andere Kapitalanlagen	–	–	–	–
Gesamt	922,0	100,0	891,6	100,0

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 910,9 (681,9) Mio. Euro und lagen bei 98,8 (76,5) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen (brutto) setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Beitragsüberträge	174,6	23,6	175,3	24,5
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	482,6	65,2	428,5	59,9
Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	81,9	11,1	109,9	15,4
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	1,1	0,1	1,2	0,2
Gesamt	740,2	100,0	714,9	100,0

Die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle stiegen insbesondere aufgrund des Bestandswachstums und der Schadenbelastung im Geschäftsjahr auf 482,6 (428,5) Mio. Euro an.

Zusammenfassende Aussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Unternehmensleitung der Bayerischen Landesbrandversicherung bewertet die geschäftliche Entwicklung vor dem Hintergrund des gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Umfelds zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts insgesamt als günstig. Das Unternehmen verfügt über eine ausreichende Eigenmittelausstattung sowie über eine zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität. Die im Vorjahr prognostizierte Verbesserung des Unternehmensergebnisses wurde erreicht. Hierzu führte das nichtversicherungstechnische Ergebnis, das das geplante Ergebnis übertroffen hat. Trotz einer deutlich über der Erwartung liegenden Großschadenbelastung konnte auch das versicherungstechnische Ergebnis gegenüber dem Vorjahr verbessert werden.

Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Für das Geschäftsjahr 2018 wurde vom Vorstand am 1. März 2019 der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß § 312 Abs. 3 AktG folgende Erklärung abgegeben: „Nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, zu dem die in diesem Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Geschäftsjahr wurden keine berichtspflichtigen Maßnahmen ergriffen oder unterlassen.“

Dienstleistungen und Ausgliederungen

Die Bayerische Landesbrandversicherung AG übernahm mit verschiedenen Dienstleistungs- und Ausgliederungsverträgen Aufgaben aus den Querschnittsbereichen (z. B. Recht, Steuern, Datenschutz, Compliance, Revision, Planung und Controlling, IT-Management, Marketing, Kapitalanlagemanagement, Personalmanagement, Rechnungswesen, Verkaufsmanagement, Vertriebspartner- und Kundenmanagement sowie weitere Verwaltungsaufgaben) für verschiedene Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer.

Die Rückversicherungsaktivitäten werden von der Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG wahrgenommen.

Aufgrund der Vereinbarung mit der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts stellt diese dem Unternehmen gegen Übernahme der laufenden Aufwendungen Beamte zur Verfügung.

Die Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG übernimmt Querschnittsfunktionen (versicherungsmathematische Funktion, Produktentwicklung und Kalkulation, Branchenplanung und Controlling etc.) im Bereich Komposit sowie das Individualgeschäft in den Kompositsparten für die Bayerische Landesbrandversicherung, die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts (kommunales Versicherungsgeschäft), die Feuersozietaät Berlin Brandenburg Versicherung AG und in Teilen für die SAARLAND Feuerversicherung AG, die OVAG Ostdeutsche Versicherung AG und die Bayerische Versicherungskammer Landesbrand Kundenservice GmbH.

Die SAARLAND Feuerversicherung AG erbringt im Bereich Privat- und Individualkunden Komposit Dienstleistungen in der Vertrags- und Schadenbearbeitung.

Die Funktionen Betrieb, Schaden und Leistung sowie der Zahlungsverkehr für die Sparten Leben, Kranken und Komposit für den Privatkundenbereich sind im Ressort Kunden- und Vertriebsservice organisatorisch zusammengefasst. Die Bayerische Landesbrandversicherung übernahm mit Dienstleistungs- und Ausgliederungsverträgen die Aufgaben.

Sämtliche Aufgaben im Bereich elektronische Datenverarbeitung und zur Vereinheitlichung der konzerninternen EDV-Technik bzw. IT-Infrastruktur und Leistungen im Bereich EDV-Technik werden von der VKBit Betrieb GmbH für die zum Konzern Versicherungskammer gehörenden Unternehmen erbracht.

Personal- und Sozialbericht

Der Konzern Versicherungskammer hat sich zum Ziel gesetzt, in allen Geschäftsgebieten für seine Kunden erste Wahl zu sein.

Der Konzern Versicherungskammer fordert und fördert engagierte Mitarbeiter¹ und unterstützt sie durch fachliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Ziel der betrieblichen Aus- und Weiterbildung ist es, den Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften durch die Förderung und Entwicklung eigener Mitarbeiter zu decken. Die meisten Führungskräftepositionen für die erste und zweite Führungsebene werden mit eigenem Nachwuchs besetzt. Zur Sicherstellung der Qualität des Führungskräftenwachstums gibt es für beide Führungsebenen ein mehrmonatiges Programm zur Auswahl und Entwicklung. Um eine erfolgreiche und zielorientierte Weiterbildung der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden Personalentwick-

¹ Im Folgenden wird zur Vereinfachung ausschließlich die männliche Form verwendet; inbegriffen sind selbstverständlich alle Mitarbeiter jeden Geschlechts.

lungsmaßnahmen grundsätzlich von einer Bedarfsklärung, Bewertung und Transfersicherung begleitet. Das Gesamtkonzept der Personalentwicklung setzt sich aus individuellen Entwicklungsmaßnahmen zusammen. Der Konzern Versicherungskammer fördert darüber hinaus verschiedene berufs begleitende Weiterbildungsmaßnahmen.

Um seine Marktposition zu festigen, bildet der Konzern Versicherungskammer sogenannte Navigatoren mit fundierten Kenntnissen in operativer Exzellenz im Unternehmen aus. Diese Mitarbeiter fördern als methodische Partner der jeweiligen Abteilungen eine kundenorientierte und effiziente Arbeitsweise. Diese Prinzipien der kundenzentrierten Arbeit werden dadurch Schritt für Schritt auf das ganze Unternehmen ausgeweitet.

Der Konzern Versicherungskammer bietet darüber hinaus jährlich einer hohen Anzahl von geeigneten Bewerbern einen Ausbildungsplatz an. Neben dem Berufseinstieg über die klassische Ausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen bzw. zum Fachinformatiker legt der Konzern Versicherungskammer seit dem Jahr 1998 regelmäßig für Hochschul- und Fachhochschulabsolventen duale Studiengänge und für Hochschulabsolventen Traineeprogramme auf.

Das Führungsverständnis folgt seit vielen Jahren der Konzernstrategie und den „Konzerngrundsätzen zur Führung und Zusammenarbeit“. Zielvereinbarungen und Leistungsbeurteilungen sind ein fester Bestandteil der täglichen Arbeit. Mitarbeiter der zweiten Führungsebene oder solche mit einem übertariflich dotierten Arbeitsvertrag erhalten eine variable Vergütung, die an den Konzernzielen und der individuellen Leistung der Mitarbeiter ausgerichtet ist.

Der Konzern Versicherungskammer bietet verschiedene Arbeitszeitmodelle an, die die Interessen der Mitarbeiter mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang bringen. Neben der Möglichkeit zur Teilzeitarbeit oder zum Jobsharing in Führungspositionen gibt es auch die Option des mobilen Arbeitens.

Der Konzern Versicherungskammer fördert die Gesundheit seiner Mitarbeiter mit einem professionellen und ganzheitlichen Konzept. Ziel ist es, die Beschäftigten in ihren mentalen, physischen und professionellen Reserven zu stärken sowie ihr Wohlbefinden und ihre Leistungsfähigkeit zu fördern. Dies wird durch eine systematische Förderung der betrieblichen Gesundheit und durch Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung der Mitarbeiter für ihre Gesundheit erreicht.

Betriebliches Gesundheitsmanagement umfasst als ganzheitliche Strategie Planung, Koordination, Durchführung und Kontrolle aller Maßnahmen, die sowohl zur individuellen Gesundheit des einzelnen Mitarbeiters als auch zu einer „gesunden Organisation“ beitragen. Im Rahmen

des betrieblichen Gesundheitsmanagements bietet der Konzern Versicherungskammer seinen Beschäftigten deshalb ein umfassendes und vielfältiges Jahresprogramm an. Dieses steht unter einem wechselnden Motto (z. B. „Haltung“ im Jahr 2018) und hält vielfältige Angebote, darunter Vorträge, Seminare, Rückenwochen im Fitnessstudio, Haltungsanalysen und Ergonomie-Filme, bereit.

Der Konzern Versicherungskammer verfolgt eine familienbewusste Personalpolitik und hat diese im Rahmen der zweiten Re-Auditierung durch die berufundfamilie Service GmbH verstärkt auf alle Konzernunternehmen in der Region ausgeweitet. Das Unternehmen fördert auf diese Weise seit vielen Jahren die Verbundenheit der Mitarbeiter mit dem Unternehmen und positioniert sich im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und Spezialisten als attraktiver Arbeitgeber.

Der Vorstand legte für die mitbestimmten Unternehmen neue Zielgrößen für den Frauenanteil der beiden obersten Führungsebenen fest. Diese sind im Lagebericht unter dem Punkt Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB veröffentlicht. Die Auswirkungen auf die vom Gesetzgeber geforderten Quoten auf Unternehmensebene sind je nach Geschäftsfeld, Größe der Gesellschaft und Art der Dienstleistungsbeziehungen im Konzern Versicherungskammer unterschiedlich deutlich erkennbar.

Der Konzern Versicherungskammer bietet seinen Mitarbeitern die Möglichkeit einer überwiegend arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung über eine Unterstützungskasse.

Die Vertretung der Arbeitnehmer des Unternehmens nahm der jeweilige Betriebsrat der einzelnen Konzernstandorte wahr; die Interessen der Leitenden Angestellten vertrat der gemeinsame Sprecherausschuss für die Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer. Der Vorstand dankt diesen Gremien für die gute Zusammenarbeit.

Für die in den konsolidierten Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen waren im Jahr 2018 durchschnittlich 6.577 (6.580²) Mitarbeiter tätig; davon waren 3.945 (3.873²) Vollzeitangestellte, 1.511 (1.574²) Teilzeitangestellte, 832 (833²) angestellte Außendienstmitarbeiter und 289 (300²) Auszubildende.

Die Bayerische Landesbrandversicherung beschäftigte im Geschäftsjahr 2018 durchschnittlich 2.101 (2.080²) Mitarbeiter im angestellten Innen- und Außendienst.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeitern herzlich für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement im Geschäftsjahr 2018.

² Die Anzahl der Mitarbeiter für das Jahr 2017 wurde aufgrund einer internen Umstellung des Auswertungstools angepasst und umfasst alle Mitarbeiter im aktiven Dienst.

Chancen- und Risikobericht

Chancen durch Unternehmenspolitik

Chancen durch Vertriebspräsenz, Service und Kooperationen

Als Serviceversicherer überprüft der Konzern Versicherungskammer laufend die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte und achtet auf eine Ausgewogenheit zwischen den Kundenbedürfnissen und der Erfüllung der Unternehmensinteressen.

Die Kunden erhalten stets aktuelle und leistungsstarke Versicherungslösungen zu einem fairen Preis.

Der Bereich Schaden ist eine der wichtigsten Kundenschnittstellen im Konzern Versicherungskammer. Hier wird das Leistungsversprechen eingelöst, das die Versicherungskammer den Kunden gibt. Der Schadenfall ist für die Kunden eine besondere, oft auch emotionale Situation. Diese Situation sollen die Kunden als einen positiven Kontaktpunkt mit dem Konzern Versicherungskammer erleben. Im Frühjahr 2018 wurde eine umfangreiche Neuausrichtung des Bereichs Schaden für die nächsten Jahre gestartet. Die zahlreichen Maßnahmen legen den Fokus auf Qualität und Kundenorientierung. Für einen qualitätsorientierten Serviceversicherer ist es wichtig, sich Zeit für eine gute Prüfung und bestmögliche Qualität der Regulierung im Sinne des Kunden und des Unternehmens zu nehmen. Neben der grundsätzlichen Notwendigkeit zur Veränderung und Weiterentwicklung ergreift der Konzern Versicherungskammer damit die Chance, künftig noch näher an den Kunden zu sein.

Die Kunden erwarten vom Konzern Versicherungskammer mehr als nur die reine Schadenregulierung. Dem Serviceversicherer ist es auch ein Anliegen, den Kunden weiteren Mehrwert über die reine Regulierung und Geldauszahlung hinaus zu bieten. Mit Services wie beispielsweise einem Werkstattnetz und Handwerkerleistungen kümmert sich der Konzern Versicherungskammer entlang des gesamten Schadenprozesses um die Kunden. Am besten ist es jedoch, wenn der Schaden erst gar nicht passiert. Dazu hat der Konzern Versicherungskammer zahlreiche Maßnahmen zur Prävention aufgesetzt.

Mit den Bündelkonzepten im Privat- und Gewerbekundenbereich werden kundenbedarfsgerechte Lösungen geliefert, die von den Vertriebspartnern aufgrund der einfachen Verkaufsprozesse erfolgreich verkauft werden. Der Konzern Versicherungskammer ist mit dem S-GewerbeSchutz ein erfolgreicher Produktgeber für die Bayerischen und Pfälzer Sparkassen. Durch die erreichte Komplexitätsreduktion, die Effizienz im Verkauf und die Umsetzung der Kundenbedürfnisse zahlen diese Bündelprodukte positiv auf die Vertriebsstrategie der Zukunft ein.

In Kundenbefragungen wird dem Konzern Versicherungskammer ein hohes Maß an Gebäudekompetenz zugesprochen. Die Gründe dafür sind eine über 200-jährige Erfahrung im Bereich der Gebäudeversicherung, Marktführerschaft in den Geschäftsgebieten Bayern und Pfalz sowie eine hohe wahrgenommene fachliche Kompetenz in der Beratung, Wertermittlung und Schadenregulierung. Hervorzuheben sind auch die Kundennähe und die regionalen Wurzeln. Der Konzern Versicherungskammer hat den Anspruch, diese Gebäudekompetenz stetig weiterzuentwickeln. Dabei wird nicht nur Wert auf das Kerngeschäft der Gebäudeversicherung gelegt, sondern auch auf die Weiterentwicklung von Mehrwertleistungen und Services für die Kunden.

Der Konzern Versicherungskammer versteht sich als Partner rund um das Haus und unterstützt als kompetenter Ansprechpartner mit dem Konzept des „Gebäudelebenszyklus“ die Kunden in allen Phasen von der Hausplanung bis zum Hausverkauf. Dazu zählen unter anderem die Beratung im Bereich Brandschutz, Einbruchdiebstahlschutz, individuelle Hochwasserschutzmaßnahmen, sowie die Vermittlung von Handwerkern. Zusammen mit dem Kooperationspartner Mondial Kundenservice GmbH (MKS) hat der Konzern Versicherungskammer deshalb den Gebäude-Schaden-Service gegründet. Dieser gewährleistet den Kunden schnelle Hilfe und eine reibungslose Abwicklung im Schadenfall. Bei Bedarf wird eine individuelle Begleitung durch Sachverständige angeboten. Der Konzern Versicherungskammer wird diese Services weiterentwickeln, um den Kunden auch für Alltagssituationen Sicherheit zu bieten.

Mit dem Unwetterwarnservice WIND (weather information on demand) und der MehrWetter-App haben die Kunden die Möglichkeit, sich vor extremen Wetterereignissen rechtzeitig zu schützen.

Angesichts der deutlich zunehmenden Extremwetterereignisse ist die Absicherung sogenannter weiterer Elementarrisiken, etwa durch Hochwasser oder Starkregen, seit mehreren Jahren Thema in der Politik wie auch in der Versicherungswirtschaft. Nach Angaben des Gesamtverbands der deutschen Versicherer (GDV) sind nur rund 41 Prozent der Hauseigentümer in Deutschland gegen Elementarschadenrisiken versichert (Bayern: 32 Prozent, Pfalz: 31 Prozent). Die Staatsregierung appelliert an die Bürger seit 2009 mit der Initiative „Voraus denken – Elementar versichern“, sich selbst gegen Elementarschäden bei Naturkatastrophen zu versichern. Ziel ist, die Immobilieneigentümer in Bayern für die Gefahren von Elementarschadenereignissen zu sensibilisieren sowie über die Möglichkeiten und die Notwendigkeit eines umfassenden Versicherungsschutzes zu informieren.

Ab 1. Juli 2019 wird keine finanzielle Unterstützung in Form von Soforthilfen mehr gewährt, wenn die eingetretenen Schäden versicherbar waren. Im November 2017 vereinbarte die Bayerische Staatsregierung mit Partnern der Wirtschaft sowie den kommunalen Spitzenverbänden eine Intensivierung der bereits bestehenden Elementarschadenkampagne. Um über Naturgefahren aufzuklären und die Versicherungsdichte in Bayern signifikant zu erhöhen, unterstützt der Konzern Versicherungskammer diese Vereinbarung mit einem Bündel an Maßnahmen. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit im Geschäftsgebiet, beispielsweise durch das im November 2018 veranstaltete NaturgefahrenForum, wird für mehr Eigenverantwortung der Gebäudebesitzer geworben und über die Notwendigkeit einer Naturgefahrenversicherung informiert. Darüber hinaus sensibilisiert der Konzern Versicherungskammer ihre Kunden regelmäßig mit Aktionen zum Einschluss der weiteren Elementargefahren. Die Ergebnisse zeigen, dass dies bisher zumindest ein Stück weit gelungen ist. Rund die Hälfte der Kunden schließt aktuell beim Abschluss einer Wohngebäudeversicherung den Elementarschutz mit ein. Etwas geringer fällt der Einschluss bei einer Hausratversicherung aus – er ist aber nicht minder wichtig.

Mit der bundesweit einzigartigen „Elektroprüfung und Beratung EPB Plus“ erhalten landwirtschaftliche Kunden mit der Prüfung der Elektro- und sonstigen Gebäudesicherheit einen wertvollen Beratungsservice. Neben der damit erzielten Servicepräsenz wird auch eine nachhaltige Präventionswirkung im Gebäudeportfolio Feuer-Landwirtschaft erreicht.

Das Marktumfeld in der deutschen Sach-Industrieversicherung ist durch hohen Wettbewerb bei gut verlaufenden mittleren Risiken gekennzeichnet. Bei schadenbetroffenen und schweren Risiken sind deutliche Kapazitätsreduzierungen im Markt erkennbar. Die Bayerische Landesbrandversicherung wird hierbei Marktchancen nutzen, um eine weitere Verbesserung der Qualität des Portfolios sicherzustellen. Grundlage hierfür bildet das aktuelle Tarifwerk in Verbindung mit der eigens entwickelten risikoorientierten Portfoliosteuerung, wobei eine Verknüpfung von Preis und Kapazität, sowie eine maßgebliche Berücksichtigung des Brandschutzes erfolgen.

Der Konzern Versicherungskammer entwickelt derzeit neue modulare Produkte für die Kundengruppen Privat, Gewerbe, Freie Berufe und Landwirtschaft, mit dem Fokus auf eine kundenzentrierte Vorgehensweise.

Basis dafür ist das ausgewogene Kundenportfolio des Konzerns Versicherungskammer, das Diversifikationsvorteile und Chancen auf allen Märkten bietet.

In der Marktforschung hat die Versicherungskammer Bayern neue Wege eingeschlagen. Über Conjoint-Analysen wird das Ziel erreicht, den Kunden noch besser zu verstehen. Die gewonnenen Erkenntnisse sind sowohl produktübergreifend (wie Produktarchitektur, Kaufentscheidungsprozesse und Beratungsansätze) als auch produktspezifisch wie z. B. Preissensitivitäten. Bei der Entwicklung der neuen modularen Produkte und Prozesse für die Kundengruppen Privat, Gewerbe, Freie Berufe und Landwirtschaft fließen diese Erkenntnisse ein. Weitere Analysen sowie eine konsequente Marktbeobachtung wird der Bayerischen Landesbrandversicherung nutzen, um auch weiterhin mit leistungsstarken Produkten und Prozessen ein ertragreiches Wachstum zu erzielen.

Chancen durch externe Rahmenbedingungen

Chancen durch Digitalisierung

Im Zuge der digitalen Transformation und der zunehmenden Vernetzung zahlreicher Lebensbereiche setzt sich der Konzern Versicherungskammer mit den veränderten Anforderungen seiner Kunden und Vertriebspartner auseinander. Dabei gilt es im Wesentlichen, schneller, individueller und zielgerichteter mit dem Kunden zu interagieren und mittels digitaler Kundenkontaktpunkte sämtliche benötigten Services anzubieten.

Der Konzern Versicherungskammer setzt auch zukünftig verstärkt auf die Nutzung von Onlinediensten, um den Austausch mit den Kunden und den Vertriebspartnern zu verbessern und gezielter auf deren Bedürfnisse eingehen zu können. Um Kunden und Vertriebspartner besser digital zu betreuen, wird in Kooperation mit dem Versicherungs-Start-up Clark als Technologiepartner eine Software für digitales Versicherungsmanagement entwickelt. Mit dem „Versicherungsmanager“ hat der Privatkunde zukünftig die Möglichkeit, seine Versicherungssituation gemeinsam mit einem Berater oder alleine von zu Hause aus zu überprüfen und zu optimieren.

Das Unternehmen hat sich überdies zum Ziel gesetzt, für den Kunden alltagsrelevante und innovative Leistungen anzubieten, die über das klassische Versicherungsprodukt hinaus gehen. Mit ersten ganzheitlichen Lösungen im Smart Home-Bereich für Privatkunden wird das Unternehmen mit seiner Gebäudekompetenz zum Smart Home-Versteher. Das konzern-eigene Start-up uptodate Ventures GmbH baut ein geschäftsfeldübergreifendes „Ökosystem Living“ auf. Ziel ist es, eine digitale Plattform zu schaffen, die Angebot und Nachfrage für Services rund um Leben und Wohnen zu Hause managt und die vielfältigen Bedürfnisse des Kunden dabei in den Mittelpunkt stellt.

Der im Jahr 2017 vom Konzern Versicherungskammer und anderen Versicherern gegründete InsurTech Hub Munich e. V. hat sich zum führenden Ökosystem der Versicherungsbranche weiterentwickelt. Unternehmen, Topuniversitäten, Forschungszentren, Investoren und politische Akteure werden hier zusammengebracht. So bekommt der Konzern Versicherungskammer die Chance, die digitale Transformation der Versicherungsbranche aktiv mitzugestalten. Aus dem InsurTech Hub Munich entstehen neue Ideen und Kooperationen mit Start-ups, die den Konzern Versicherungskammer voranbringen.

Das Unternehmen setzt Data Analytics und Künstliche Intelligenz (KI) ein, um Vertriebspartner zu unterstützen und Prozesse effizienter und kundenfreundlicher zu gestalten. In der Sparte Kraftfahrt wird beispielsweise die Schadenbearbeitung durch automatische Erkennung des Bildinhalts unter Verwendung neuronaler Netze optimiert. Auch im Jahr 2019 wird der Konzern Versicherungskammer weiter seine unternehmensweite Dateninfrastruktur ausbauen und seine Data-Analytics- und KI-Fähigkeiten vertiefen.

Für den Einsatz neuer Technologien wurde der Konzern Versicherungskammer bereits mit mehreren Awards ausgezeichnet, unter anderem mit dem „Digital and Insurtech Award“ (gesponsert von CGI) in der Kategorie „Insurance Technology Department of the Year“ für das Thema „Datentransformation und Anwendungsfälle“. Im Rahmen der größten Untersuchung zur Digitalisierung in deutschen Betrieben wurde dem Konzern Versicherungskammer das Deutschlandtest-Siegel „Digital Champion – Unternehmen der Zukunft“ von FOCUS-MONEY verliehen.

Chancen durch Mitarbeiter

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der fortschreitenden Digitalisierung und der sich wandelnden Kundenbedürfnisse ist es von besonderer Wichtigkeit, vielfältige Kompetenzen zu fördern und qualifizierte Arbeits- und Nachwuchskräfte langfristig an den Konzern Versicherungskammer zu binden.

Dabei kann Diversity hilfreich sein. Diversity setzt auf die vielfältigen Erfahrungen, Perspektiven und Kompetenzen der Mitarbeiter und schafft ein von Respekt und Wertschätzung geprägtes, vorurteilsfreies Arbeitsumfeld.

Im Konzern Versicherungskammer engagieren sich Mitarbeiter und Führungskräfte auf freiwilliger Basis und eigeninitiativ mit vielfältigen Themen für die Entwicklung der konzernweiten Zusammenarbeit. Daraus entstehen Maßnahmen zur Teamentwicklung, zum Führungsverhalten, zum generationen- und hierarchieübergreifenden Austausch sowie zum Miteinander der Standorte.

Auch die Förderung von Frauen in qualifizierten Fach- und Führungsfunktionen gehört zum Diversity-Programm,

genauso wie die Vereinbarkeit individueller Lebensentwürfe mit den beruflichen Erfordernissen, beispielsweise mit dem Jobsharing von Führungskräften in Teilzeit.

Ebenso leistet die gezielte Förderung und Weiterentwicklung unterschiedlicher Talente einen nachhaltigen Wertbeitrag zum Unternehmenserfolg. Ein diskriminierungs- und vorurteilsfreies Arbeitsumfeld bildet dabei die Grundlage für eine respektvolle und wertschätzende Zusammenarbeit.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bayerische Landesbrandversicherung sieht ihre Chancen im weiteren Ausbau ihrer führenden Wettbewerbsposition im Geschäftsgebiet. Durch die flächendeckende Service- und Vertriebspräsenz, das breit gefächerte Produktportfolio für die verschiedenen Kundengruppen, die Anpassung von Verkaufsprozessen und einen intensiven Dialog mit bestehenden und potenziellen Kunden im Rahmen zahlreicher Initiativen und Projekte ist das Unternehmen für zukünftige Wachstumsfelder gut positioniert. Ein weiteres Ziel ist es, die Angebote noch stärker in die Systeme der Vertriebspartner zu integrieren, um so den Kundenbedarf vor Ort noch einfacher zu ermitteln und den Verkaufsprozess weiter zu verschlanken. Die Bayerische Landesbrandversicherung nutzt die Chance, die digitale Transformation der Versicherungsbranche durch Entwicklung zukunftsgerichteter Konzepte in verschiedenen Kooperationen und Projekten aktiv mitzugestalten. Mit dem vom Konzern Versicherungskammer und von anderen Versicherern gegründeten InsurTech Hub werden neue Kooperationen für die digitale Erneuerung aufgebaut.

Die Bayerische Landesbrandversicherung sichert die aufsichtsrechtlichen Risikokapitalanforderungen nachhaltig durch ihr solides Anlageportfolio und ihr systematisches Risikomanagement.

Der Vorstand sieht das Erkennen und Wahrnehmen von Chancen als integralen Bestandteil des Managements des Konzerns Versicherungskammer. Daher werden die Veränderungen der Rahmenbedingungen laufend beobachtet, um frühzeitig Chancen zu identifizieren und mit passenden Versicherungsprodukten flexibel darauf reagieren zu können.

Strukturen und Prozesse des Risikomanagements

Das Risikomanagement im Unternehmen gewährleistet, dass im Sinne des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie gemäß Abschnitt 3 §§26 ff. Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Es orientiert sich dabei konsequent an den Anforderungen des VAG sowie an den Anforderungen nach Solvency II.

Die Struktur des Unternehmens sorgt für eine konkrete Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowie für eine eindeutige Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Dabei wird eine klare Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Bewertung und Steuerung sichergestellt.

Der Vorstand ist verantwortlich für die Durchführung und Weiterentwicklung des Risikomanagements. Er trifft hier gemäß § 91 Abs. 2 AktG geeignete Maßnahmen, damit der Fortbestand des Unternehmens gesichert ist und gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden. Dabei wird er vom Unternehmens-Risikoausschuss unterstützt, der entsprechende Empfehlungen an den Vorstand des Unternehmens ausspricht.

Die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wird im Konzern Versicherungskammer zentral von der Abteilung Konzernrisikocontrolling ausgeführt. Sie koordiniert die Risikomanagementaktivitäten auf allen Ebenen und in allen Geschäftsbereichen. Dabei wird sie von den dezentralen Risikocontrollingeinheiten unterstützt.

Das dezentrale Risikocontrolling des Unternehmens setzt sich aus dem Kapitalanlagecontrolling, dem Aktuariat Komposit, der Rückversicherung sowie den dezentralen Controllingeinheiten zusammen.

Die Kombination aus dezentralen und zentralen Risikomanagementeinheiten ermöglicht es, Risiken frühzeitig und flächendeckend zu identifizieren, einzuschätzen und vorausschauend zu steuern.

Die Risikostrategie des Unternehmens leitet sich aus der Geschäftsstrategie und der übergeordneten Risikostrategie des Konzerns Versicherungskammer ab. Sie beschreibt Art und Umfang der wesentlichen Risiken des Unternehmens. Darüber hinaus wird der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt sowie deren Handhabung festgelegt. Dabei bezieht das Unternehmen Risikoerwägungen und den Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess ein. Die Risikostrategie wird durch den Vorstand beschlossen und einmal jährlich im Aufsichtsrat erörtert. Die Risiko- und Ertragssituation des Unternehmens wird mithilfe eines konsistenten Ampel- und Limitsystems überwacht und gesteuert. Im Konzern Versicherungskammer wurden darüber hinaus Gremien (z. B. Risikoausschuss, Governance-Ausschuss, Modellkomitee) eingerichtet. Diese dienen der Empfehlung und Entscheidungsvorbereitung und gewährleisten die Förderung der Risikokultur sowie die Umsetzung konzernweiter Standards.

Im Zuge des Risikomanagementprozesses führt das Unternehmen einmal jährlich eine Risikoinventur durch. Der Fokus liegt dabei auf der Erfassung sämtlicher Risiken und Prozesse, die sich nachhaltig negativ auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens auswirken können.

Das Reporting über eingegangene Risiken, über die aktuelle Risikosituation und die Risikotragfähigkeit des Unternehmens erfolgt über die Risikomanagementfunktion.

Das Unternehmen führt mindestens einmal pro Jahr eine umfassende unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) durch. Im Geschäftsjahr 2018 erfolgte dies turnusmäßig auf Basis des Stichtags 31. Dezember 2017. Eine anlassbezogene Beurteilung war im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht notwendig.

Risikoprofil

Risiken, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken, werden im Rahmen des Risikoprozesses identifiziert, analysiert, bewertet und durch die zuständigen Fachbereiche gesteuert.

Das Risikoprofil des Unternehmens wird insbesondere durch Marktrisiken und versicherungstechnische Risiken dominiert.

Die Marktrisiken beschreiben die Unsicherheit der Kapitalanlage in Bezug auf die Veränderungen von Marktpreisen und -kursen sowie hinsichtlich der zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten. Dies schließt beispielsweise das Aktien-, Spread-, Immobilien-, Zins- oder Wechselkursrisiko mit ein.

Das versicherungstechnische Risiko im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung beschreibt das Risiko, dass die versicherten Schäden über den Erwartungen liegen können. Wesentliche Risiken sind dabei das Prämien- und das Reserverisiko sowie Kumul- bzw. Katastrophenrisiken.

Das Risikoprofil umfasst zudem Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft (Gegenparteiausfallrisiko), operationelle Risiken aus menschlichem, technischem, prozeduralem oder organisatorischem Versagen sowie Liquiditätsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken. Diese Risiken sind eher von untergeordneter Bedeutung.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bemisst sich an der Ungewissheit in Bezug auf Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inkl. Zinsen, Aktienkursen und Devisenkursen) sowie über die Abhängigkeiten und ihre Volatilitätsniveaus. Es leitet

sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ab.

Die Kapitalanlagen des Unternehmens werden grundsätzlich nach dem Prinzip der unternehmerischen Vorsicht angelegt. In einem Anlagekatalog sind zulässige Anlageklassen und Anlagegrundsätze enthalten. Dadurch wird sichergestellt, dass die Marktrisiken, die insbesondere aus der Anlagetätigkeit resultieren, quantifizierbar und beherrschbar sind. Im Rahmen der Anlageplanung werden diese Vorgaben präzisiert. Dabei sind insbesondere die dauerhafte Erfüllung der Solvenzkapitalanforderung, die dauerhafte Bedeckung der Verpflichtungen durch das Sicherungsvermögen sowie eine Mindestverzinsung sicherzustellen.

Das Unternehmen hat umfangreiche Asset-Liability-Management(ALM)- und Risikomanagementprozesse implementiert. Dabei werden mithilfe von Stresstests sowie Szenario- und Sensitivitätsanalysen die Risikotragfähigkeit sowie die Auswirkungen auf die HGB-Bilanz und die Solvabilitätsübersicht überprüft. Dieser Prozess dient dazu, konkrete Maßnahmen für die Steuerung der Kapitalanlagen zusammen mit den Verbindlichkeiten abzuleiten.

Konkret werden z. B. die Auswirkungen lang anhaltender niedriger Zinsniveaus, ein wesentlicher Schock an den Aktienmärkten sowie eine Verschlechterung der Bonität von Zinsträgern untersucht, um weiterhin vorausschauend agieren zu können.

In den betrachteten Szenarien und im betrachteten Planungszeitraum ist das Unternehmen in der Lage, alle handelsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Ebenso bleibt die Eigenmittelausstattung stets deutlich oberhalb der intern definierten Warnschwelle. Darüber hinaus werden mit Blick auf das Konzentrationsrisiko interne Limite für die Mischung und Streuung der Kapitalanlagen festgelegt und deren Einhaltung wird überwacht.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Immobilien-, Aktien- und Rentenmärkten. Für kurzfristig eintretende Ereignisse, die unmittelbaren Einfluss auf die Risikoexponierung des Zinsrisikos haben, sind entsprechende Ad-hoc-Prozesse definiert.

Zur Sicherstellung einer Mindestverzinsung nach HGB wird in der Planung für jede Risikokategorie ein ausreichendes Risikobudget zur Verfügung gestellt. Für volatile Anlageklassen, wie z. B. Aktien, muss ein größeres Risikobudget zur Verfügung gestellt werden, sodass im Falle einer ungünstigen Marktentwicklung die Erzielung der Mindestverzinsung nicht gefährdet wird.

Etwa 33 Prozent der Kapitalanlagen (gemessen am Marktwert) sind in Zinsträgern investiert und somit dem **Zinsrisiko** und größtenteils dem **Spreadrisiko** ausgesetzt. Die Zinsträger entfallen überwiegend auf Staatsanleihen (85,9 Mio. Euro) sowie auf Unternehmensanleihen (312,8 Mio. Euro).

Insbesondere im indirekten Bestand enthaltene Aktien, außerbörsliche Eigenkapitalinstrumente, Private Equity, Rohstoffe sowie zum Teil Anlageinstrumente mit Merkmalen von Aktien und Schuldverschreibungen unterliegen dem **Aktienrisiko**. Diese entsprechen etwa 14 Prozent (Zeitwert 258,4 Mio. Euro) der gesamten Kapitalanlagen des Unternehmens. Der Bestand an Aktien im Direktbestand ist von untergeordneter Bedeutung.

Das **Immobilienrisiko** betrifft sowohl direkt gehaltene Grundstücke und Bauten als auch Immobilienbeteiligungen im indirekten Bestand, die insgesamt einen Zeitwert von 932,9 Mio. Euro aufweisen.

Alle wesentlichen **Wechselkursrisiken** aus Fremdwährungsinvestitionen sind abgesichert. Es bestehen keine Verbindlichkeiten in Fremdwährungen.

Zinsrisiko

Das Zinsrisiko entsteht dadurch, dass sich die Marktwertveränderungen aller zinsensitiven Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht gegenläufig ausgleichen.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Immobilien-, Aktien- und Rentenmärkten.

Für kurzfristig eintretende Ereignisse, die unmittelbaren Einfluss auf die Risikoexponierung des Zinsrisikos haben, sind entsprechende Ad-hoc-Prozesse definiert.

Unterstellt man im Bereich der Zinsträger zum Bilanzstichtag eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben, führt dies zu einer Verminderung des Zeitwerts um 25,0 Mio. Euro. Da die Bewertungsreserven höher sind als der beschriebene Rückgang, ist die Risikotragfähigkeit aus Sicht des Unternehmens gegeben.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko ergibt sich aus dem Volumen und der Art der festverzinslichen Wertpapiere, der Bonität der Emittenten sowie der zugrunde liegenden Duration. Die Volatilität der Credit-Spreads gegenüber dem risikolosen Zins und die daraus resultierenden Veränderungen der Marktwerte der Kapitalanlagen stellen das Spreadrisiko dar.

Die hohe Kreditqualität des Bestands an Zinsträgern zeigt sich daran, dass zum Stichtag 93 Prozent der Zinsträger mit einer Bonitätsbeurteilung im Investmentgrade-Bereich bewertet wurden.

Zinsträger	Anteile der Bonitätsstufen in Prozent			
	AAA/AA	A/BBB	BB/B	NR CCC-D
Staatsanleihen und -darlehen	89,2	3,0	7,8	–
Unternehmensanleihen	13,4	75,2	11,2	0,2
Pfandbriefe/Covered Bonds	100,0	–	–	–
Sonstige Zinsträger	19,6	80,3	–	0,1
Gesamtbestand	34,8	57,9	7,2	0,1

Das Spreadrisiko wird durch strenge Vergabemodalitäten und ein Limitsystem zur Sicherstellung einer angemessenen Mischung und Streuung minimiert. Die Exponierung in Spreadrisiken innerhalb des indirekten Bestands wird ebenfalls breit gestreut und die Einzelwerte werden laufend überwacht.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko umfasst die Schwankungen an Aktien- und Finanzmärkten (Beteiligungen, Private Equity, Hedgefonds, Aktienfonds, Rohstoffe und andere alternative Kapitalanlagen).

Der Bestand an Aktien und mit Aktienrisiko behafteten Investitionen beträgt etwa 14 Prozent des Kapitalanlagebestands.

Zur Minderung des Aktienrisikos sowie zur Verbesserung des Risiko-Ertrags-Verhältnisses der Aktienanlagen werden dynamische Quotensteuerungsstrategien (Overlaymanagement) eingesetzt. Im Rahmen der Anlageplanung werden Zielquoten sowie zulässige Bandbreiten für die Aktienanlagen festgelegt. Die Quotensteuerung zielt auf eine möglichst hohe Aktienrendite bei gleichzeitiger Begrenzung der Kursverluste im Fall von kritischen Marktentwicklungen ab. Die operative Steuerung erfolgt mittels Derivaten, d. h. Futures und Optionen (jeweils Long- und Shortpositionen) auf Aktienindizes entsprechend dem zugrunde liegenden Aktienbestand.

Ein unterstelltes Szenario mit einem Rückgang der Aktienkurse um 30 Prozent und der Beteiligungszeitwerte um 15 Prozent würde zu einer Verminderung der Zeitwerte um 52,6 Mio. Euro führen. Da die Bewertungsreserven höher sind als der beschriebene Rückgang, ist die Risikotragfähigkeit aus Sicht des Unternehmens gegeben.

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko beschreibt die Gefahr eines Marktwertrückgangs für Immobilien. Für die Bestimmung wird die Volatilität am Immobilienmarkt betrachtet und die Risikohöhe festgestellt. Die wesentlichen Kenngrößen werden jährlich ermittelt und analysiert.

Die Aufteilung nach Bonitätsstufen stellt sich im Unternehmen für den jeweiligen Kapitalanlagenbestand (Gesamtbestand) an Zinsträgern nach Zeitwerten wie folgt dar:

Das Immobilienrisiko wird durch ein aktives Portfoliomanagement und durch die hohe Qualität des Immobilienportfolios gemindert.

Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko beschreibt das aus zukünftigen Wechselkursentwicklungen resultierende Risiko hinsichtlich des beizulegenden Zeitwerts oder der künftigen Zahlungsströme eines monetären Finanzinstruments.

Das Wechselkursrisiko wird durch den Einsatz von Derivaten gemindert. Dabei werden Fremdwährungspositionen in wesentlichen Teilportfolios in gängigen Währungen vollumfänglich abgesichert. Aus diesem Grund ist das nicht abgesicherte Fremdwährungsrisiko auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Die Absicherungen sind rollierend. Insbesondere wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen laufend überwacht.

Konzentrationsrisiko

Die Kapitalanlage des Unternehmens muss sowohl zwischen den als auch innerhalb der Anlageklassen ein Mindestmaß an Diversifikation aufweisen, um eine übermäßige Anlagekonzentration und die damit einhergehende Kumulierung von Risiken in den Portfolios zu vermeiden. Die Mischung der Vermögensanlagen soll durch einen Risikoausgleich zwischen den verschiedenen Anlagen anlagetypische Risiken begrenzen und so die Sicherheit des gesamten Bestands mit herstellen. Es gilt der Grundsatz, dass eine einzelne Anlageklasse nicht überwiegen darf.

Unter Streuung ist die zur Risikodiversifizierung gebotene Verteilung der Anlagen aller Arten auf verschiedene Schuldner bzw. bei Immobilien auf verschiedene Objekte zu verstehen. Die Quoten werden risikoorientiert aus der Bonität der jeweiligen Schuldner(gruppe) abgeleitet.

Durch die Festlegung von Limiten in Bezug auf Anlageart, Emittenten und regionale Konzentrationen sowie deren laufende Überwachung wird eine hohe Diversifikation des Portfolios erreicht. Das Konzentrationsrisiko wird dadurch

gemindert und ist dementsprechend auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Versicherungstechnisches Risiko aus der Schaden- und Unfallversicherung

Das versicherungstechnische Risiko des Unternehmens wird maßgeblich durch das Prämien- und Reserverisiko sowie durch die Katastrophenrisiken dominiert.

Eine Begrenzung des Risikoexposures für hohe Einzelschäden wird durch angemessene Rückversicherungsverträge sowie durch das Instrument der Mitversicherung (Konsortialgeschäft) erreicht. Diesbezüglich arbeiten die öffentlich-rechtlichen Versicherer im Rahmen der Versicherergemeinschaft Großkunden (VGG) zusammen.

Prämien-/Reserverisiko

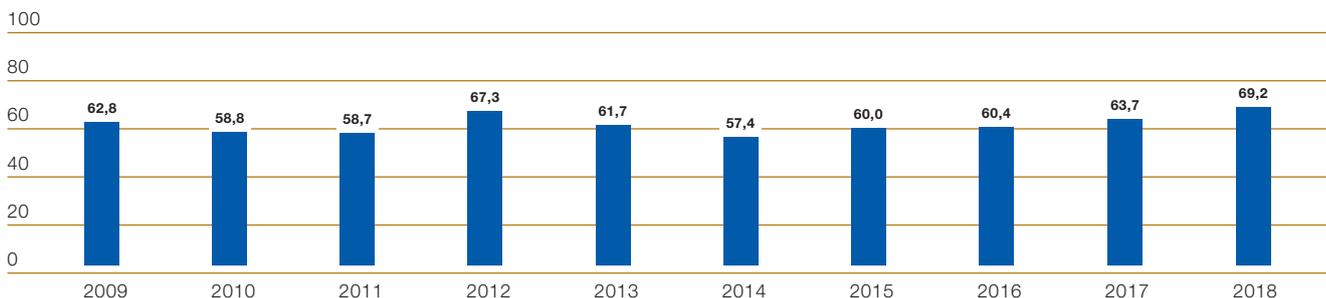
Das Prämienrisiko in der Nichtlebensversicherung spiegelt das Risiko wider, dass insbesondere die Schadenauf-

wendungen des Geschäftsjahres die verdienten Beiträge übersteigen. Dem Prämienrisiko begegnet das Unternehmen durch eine differenzierte Beitragskalkulation unter Einbeziehung von Risikogesichtspunkten. Um das Versicherungsgeschäft auf Dauer erfolgreich betreiben zu können, wird das Prämienrisiko durch gezielte Risikoselektion begrenzt. Dieser Weg wird auch in Zukunft konsequent weiterverfolgt werden. Zufallsbedingte Schwankungen werden durch geeignete Rückversicherungsverträge begrenzt.

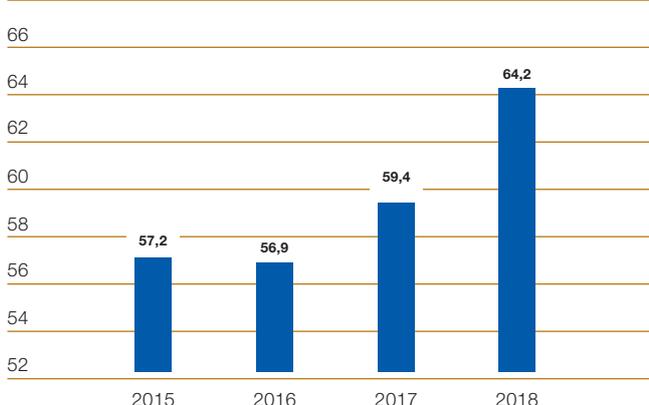
Die Rückversicherungsordnung wird jährlich entsprechend der gegebenen Risikotragfähigkeit im Einklang mit der Risikostrategie überprüft und bei Bedarf angepasst.

Die im Jahr 2018 erzielte bilanzielle Schadenquote netto in Höhe von 69,2 Prozent liegt über dem durchschnittlichen Niveau der letzten zehn Jahre. Für das Jahr 2018 ergab sich eine um rückversicherte Kumulschadenergebnisse bereinigte Schadenquote in Höhe von 64,2 Prozent.

Bilanzielle Schadenquoten netto in %



Kumbereinigte Schadenquoten netto in %



Gleichzeitig lag das Netto-Abwicklungsergebnis mit 7,7 (10,1) Prozent der Eingangsschadenrückstellung über dem durchschnittlichen Zehnjahresniveau.

Das Reserverisiko bezeichnet die Gefahr, dass die gebildeten Schadenrückstellungen für bereits eingetretene, aber noch nicht gemeldete oder noch nicht vollständig abgewickelte Versicherungsfälle nicht ausreichen, um die tatsächlichen Schadenansprüche zu decken. Dies kann für das Unternehmen zu einem Abwicklungsverlust führen. Das Reserverisiko entsteht somit aus einer gegebenenfalls unzureichenden Schadenreservierung und einer sich daraus ergebenden Belastung des versicherungstechnischen Ergebnisses. Insbesondere in den Longtail-Sparten kann dies aufgrund der impliziten Laufzeiten ein höheres Risiko darstellen.

Grundsätzlich nimmt das Unternehmen zur Begrenzung des versicherungstechnischen Risikos eine vorsichtige Rückstellungsbemessung vor. Über eine jährliche aktuarielle Schadeneinschätzung erfolgt eine Überprüfung der Angemessenheit der Schadenrückstellung. Hieraus können Empfehlungen an die operativen Bereiche abgeleitet werden.

Auf Ebene der Einzelsparten wird die Entwicklung der Rückstellung in den zuständigen Fachbereichen laufend überwacht. Zudem finden in den operativen Einheiten regelmäßig Rückstellungsprüfungen statt.

Dem Reserverisiko wird insbesondere durch eine ausreichend hohe Dotierung der Spätschadenreserven für Schäden begegnet, die voraussichtlich bereits eingetreten sind, aber dem Unternehmen noch nicht bekannt gemacht wurden. Die Spätschadenreserven werden auf Basis aktuarieller Methoden ermittelt. Insbesondere werden für Schäden mit einer langen Abwicklungsdauer Spätschadenreserven gebildet, die nach Versicherungsarten differenziert errechnet werden.

Katastrophenrisiko

Das Katastrophenrisiko besteht im Eintritt hoher Einzel- oder Kumulschäden. In der Nichtlebensversicherung wird in dieser Hinsicht insbesondere zwischen dem Naturkatastrophenrisiko und dem von Menschen verursachten Risiko (Man-made-Risiko) differenziert. Dem Naturkatastrophenrisiko werden unter anderem Schäden infolge von Sturm, Hagel, Starkregen, Überschwemmung oder Erdbeben zugerechnet. Aufgrund der Ausrichtung als Regionalversicherer mit überwiegender Exponierung in Bayern und in der Pfalz weist das Unternehmen ein besonderes Kumulrisiko im Bereich Naturgefahren auf.

Im Rahmen einer statistischen 200-Jahre-Betrachtung weist die Naturgefahr Hagel den größten Bruttoschaden für das Unternehmen auf. Bei der statistischen Schätzung der für das Unternehmen wesentlichen Naturgefahren war in den vergangenen Jahren ein Anstiegstrend zu beobachten. Aufgrund der vorliegenden Volatilität der Messung

ist ein zufälliger Effekt allerdings nicht auszuschließen. Die Entwicklung wird regelmäßig beobachtet.

Zur Eingrenzung der Risiken beobachtet das Unternehmen ein eventuelles Abweichen des tatsächlichen vom erwarteten Schadenverlauf und präzisiert gegebenenfalls die Kalkulationen. Spitzenbelastungen durch hohe Einzel- und Kumulrisiken wird durch einen sorgfältig gewählten Rückversicherungsschutz begegnet.

Als Instrumente des Risikomanagements kommen mathematisch-naturwissenschaftliche Modellrechnungen zur Einschätzung von Naturkatastrophenrisiken sowie die Optimierung des Rückversicherungsschutzes aktiv zum Einsatz. Zufallsbedingte Schwankungen werden durch geeignete Rückversicherungsverträge begrenzt. Die Rückversicherungsordnung wird jährlich entsprechend der gegebenen Risikotragfähigkeit im Einklang mit der Risikostrategie überprüft und bei Bedarf angepasst.

Katastrophenrisiken aufgrund von höherer Gewalt oder aufgrund von Terroranschlägen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Der Konzern Versicherungskammer ist über die Deutsche Rückversicherung AG an der EXTREMUS Versicherungs-AG beteiligt. EXTREMUS bietet die Möglichkeit, Großrisiken gegen Terrorschäden zu versichern. Ferner ist der Konzern Versicherungskammer am Solidaritätspool der öffentlichen Versicherer beteiligt. Der Solidaritätspool dient der Vermeidung von Deckungslücken im Rückversicherungsbereich.

Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Banken, Rückversicherern, Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

Die fälligen wertberechtigten Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 29,9 Mio. Euro. Davon entfielen auf Forderungen, die älter als 90 Tage waren, 12,9 Mio. Euro.

Zur Risikovorsorge wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen gegenüber Kunden und Vermittlern um Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2,8 Mio. Euro vermindert. Diesem Risiko wurde mit geeigneten Bonitätsprüfungen bei der Annahme bzw. im Bestand mit geeigneten Maßnahmen im Mahnverfahren begegnet.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft der vergangenen drei Jahre lag bei 0,19 Prozent.

Der Vertrieb von Versicherungsprodukten durch Vermittler ist für das Unternehmen von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg. Um das Forderungsausfall-

risiko gegenüber Vermittlern gering zu halten, kommt der Auswahl sowie der laufenden Überprüfung der Vermittler eine besondere Aufmerksamkeit zu.

Für das Unternehmen stellt das Ausfallrisiko gegenüber Rückversicherern die größte Risikoexponierung innerhalb des Gegenparteausfallrisikos dar. Diesem Risiko wurde mit einem etablierten Auswahlprozess sowie mit laufender Überwachung der Kreditwürdigkeit entgegengewirkt. Das konzernweite Rückversicherungsgeschäft wird nahezu vollständig durch den konzerninternen Rückversicherer (Rating „A“) kanalisiert und an den Markt gegeben.

Die Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 28,3 Mio. Euro.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen aufgrund von mangelnder Liquidität bzw. Fungibilität von Assets nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Bei der Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sind die zu erwartenden Zahlungsströme aller relevanten Aktiv- und Passivposten zu berücksichtigen. Das Liquiditätsmanagement des Unternehmens ist darauf ausgerichtet, allen finanziellen Verpflichtungen jederzeit und dauerhaft nachkommen zu können.

Dies geschieht insbesondere durch Planung und Überwachung aller zu erwartenden Zahlungsströme aus dem Kapitalanlagebereich und der Versicherungstechnik.

Im Rahmen der Finanzplanung werden, abgeleitet aus der Mittelfristplanung der Geschäftszahlen und einer Langfristsimulation der Zahlungsströme der Aktiv- und Passivseite, die unterjährigen, mittelfristigen und langfristigen Zahlungsströme sowie die notwendige Liquidität ermittelt.

Die Planung unterliegt regelmäßigen Analysen der Soll-Ist-Abweichung und wird turnusmäßig aktualisiert. Unter einer angemessenen Reserve für Liquiditätsengpässe wird das Vorhandensein ausreichender liquider Vermögenswerte verstanden, die zur Bedienung von kurzfristig schwankenden Zahlungsverpflichtungen vorzuhalten sind.

Aufgrund der für den gesamten Planungszeitraum prognostizierten jährlichen Liquiditätsüberschüsse und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist gewährleistet, dass sämtliche Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber allen Versicherungsnehmern, jederzeit erfüllt werden können. Darüber hinaus sorgt eine vorsichtige, konservative sowie taktische und strategische Asset Allocation für eine angemessene Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten, die durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen hervorgerufen werden. Darüber hinaus werden Risiken aufgrund von externen Einflüssen berücksichtigt.

Das operationelle Risiko umfasst insbesondere Risiken in den Bereichen IT, Personal, Recht und Betrug, jedoch nicht strategische oder Reputationsrisiken. Zur Strukturierung der operationellen Risiken verwendet das Unternehmen die Kategorisierung des Operational Risk Insurance Consortium (ORIC).

Zum Schutz gegen den Ausfall von Datenverarbeitungssystemen sowie zur Gewährleistung der Datensicherheit hat das Unternehmen zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Risikominimierung getroffen. Dazu zählen ständige Sicherheits- und Qualitätsprüfungen durch interne und externe Spezialisten. Diese gewährleisten eine kontinuierliche Anpassung an die technische Weiterentwicklung und wirken somit risikominimierend in Bezug auf potenzielle technische Bedrohungen. Angemessene und regelmäßig getestete Notfallkonzepte können im Bedarfsfall abgerufen werden und beschränken damit gezielt das Risiko aus möglichen DV-technischen Störungen oder Ausfällen.

Personalrisiken können aus Fluktuation, Kapazitätsengpässen, Motivationsverlust bei Mitarbeitern und ähnlichen Ursachen resultieren. Um sie zu minimieren, kommen im Unternehmen neben der strategischen Personalplanung insbesondere Maßnahmen wie regelmäßige Mitarbeitergespräche, personelle Förderungs- und Fortbildungsprogramme, flexible Arbeitszeitgestaltung oder betriebliches Gesundheitsmanagement zum Einsatz.

Rechtliche Risiken können sich aus gesetzlichen oder vertraglichen Rahmenbedingungen sowie deren Änderungen ergeben. Dies umfasst zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken. Neue Regelungen und Gesetzesentwürfe werden durch die juristischen Abteilungen des Unternehmens laufend beobachtet, um frühzeitig und angemessen im Sinne einer Risikominimierung für das Unternehmen reagieren zu können.

Unter dem Betrugsrisiko werden alle internen und externen Betrugsfälle durch Mitarbeiter, Dienstleister oder Kunden zum Nachteil des Unternehmens erfasst. Dieses Risiko wird durch umfangreiche Überwachungs-, Sicherheits- und Regulierungsmaßnahmen beschränkt. Der Bereich Compliance sowie die Geldwäschefunktion tragen unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Betrugsrisiken frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Das umfassende und ursachenbezogene Risikomanagement des Unternehmens sowie ein effizientes Internes Kontrollsystem vermindern diese Risiken. Durch laufende Überwachung der Einhaltung von Gesetzen sowie durch die Vorgabe von externen und internen Richtlinien werden die operationellen Risiken zusätzlich reduziert.

Das Business-Continuity-Management des Unternehmens gewährleistet, dass kritische Geschäftsfunktionen und -prozesse auch bei schwerwiegenden Störungen oder Katastrophen in Bezug auf ihre vorgegebenen Kernaufgaben mit den erforderlichen Qualitäts- und Zeitvorgaben erfüllt werden können.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko spiegelt sich darin wider, dass strategische Geschäftsentscheidungen oder ihre unzureichende Umsetzung negative Folgen für die gegenwärtige oder zukünftige Geschäftsentwicklung eines Versicherers haben können. Zum strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen einem geänderten Wirtschaftsumfeld nicht angepasst werden. Das strategische Risiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf.

Das Unternehmen überprüft jährlich seine Risikostrategie und passt die Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufs des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Für die Reputation des Unternehmens ist jeder Kontakt der Mitarbeiter, inkl. der Führungskräfte und Vorstandsmitglieder, zu Kunden, Vertriebspartnern, Eigentümern sowie der gesamten Öffentlichkeit wichtig.

Die Analyse des Risikos wird anhand eines Szenarioansatzes in Zusammenarbeit zwischen dem Konzernrisikoccontrolling und der verantwortlichen Hauptabteilung Unternehmenskommunikation durchgeführt. Hier wird unterstellt, dass negative Ereignisse, die von der Presse oder den sozialen Medien aufgegriffen werden, zu einem Neugeschäftsrückgang führen könnten.

Als Instrument zur Risikominderung wird ein umfangreicher und bewährter situativer Maßnahmenkatalog berücksichtigt. Zur Sicherung der Reputation des Unternehmens sind in der Aufbau- und Ablauforganisation zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, wie beispielsweise die Einberufung eines Krisenstabs. In den für die jeweilige Situation einberufenen Arbeitsgruppen werden alle weiteren Maßnahmen und Aktivitäten festgelegt, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren. Der Bereich Compliance trägt innerhalb des Konzerns Versicherungskammer unter anderem dazu bei, potenziell auf-

tretende Reputationsrisiken aufgrund von Rechtsverstößen frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Zudem hat sich der Konzern Versicherungskammer zur Einhaltung des GDV-Verhaltenskodexes zur optimalen Beratung und Betreuung der Kunden sowohl durch die Unternehmen als auch durch die Vertriebspartner des Konzerns Versicherungskammer durch regelmäßige Schulungen verpflichtet. Einen weiteren reputationsrelevanten Mehrwert für die Kunden liefert der Konzern Versicherungskammer durch den Beitritt zum Code of Conduct, der Verhaltensregeln für den Umgang mit Kundendaten in der Versicherungswirtschaft beinhaltet.

Im Rahmen des laufenden Risikomanagementprozesses wird das Reputationsrisiko regelmäßig überprüft.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und absehbare Risiken rechtzeitig zu erkennen, angemessen zu bewerten und zu steuern.

Aus heutiger Sicht liegen jedoch keine Erkenntnisse über mögliche Risiken oder Gefahren vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Im Geschäftsjahr konnte die Qualität des Risikomanagements innerhalb des Unternehmens erneut nachhaltig gesteigert werden. Durch die stetige Weiterentwicklung und Anpassung aller wesentlichen Prozesse, Systeme und Verfahren ist das Unternehmen auf die sich ändernden internen und externen Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen auf die Risikolage angemessen vorbereitet.

Dies wird beispielsweise durch aktives Risikomanagement im Naturkatastrophenbereich deutlich. Interne Risikomodellierungen bilden in diesem Zusammenhang die Grundlage für die Ausrichtung einer adäquaten Rückversicherung.

Insbesondere wurden die Risikostrategie und die Risikosteuerung weiterentwickelt. Dies erfolgte beispielsweise im Zuge der weiteren Verfeinerung des ORSA-Prozesses oder des Asset-Liability-Managements.

Die rechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Versicherer wurden in den letzten Jahren deutlich verändert. Das Unternehmen setzt die Anforderungen nach Solvency II um und hat die dazu notwendigen Strukturen und Prozesse im Unternehmen etabliert.

Die Solvabilitätsbeurteilung nach Solvency II zeigte für das Unternehmen eine gute Ausstattung mit Solvenzkapital.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das weltwirtschaftliche Umfeld wird sich im Jahr 2019 voraussichtlich anhaltend günstig darstellen. So wird sich nach Einschätzung des Sachverständigenrats der Bundesregierung (Jahresgutachten 2018/2019, November 2018) der Konjunkturaufschwung im Euroraum fortsetzen, wenngleich mit verlangsamtem Tempo. Die Wirtschaftssachverständigen rechnen im Euroraum für das Jahr 2019 mit einer Wachstumsrate in Höhe von 1,7 Prozent.

Für Deutschland liegt die erwartete Steigerung des Bruttoinlandsprodukts bei 1,5 Prozent. Zu dem Tempoverlust beim wirtschaftlichen Aufschwung werden insbesondere ungünstigere außenwirtschaftliche Bedingungen sowie Kapazitätsengpässe führen. Auch der monetäre Rückenwind dürfte durch die nicht mehr ganz so expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank etwas abnehmen.

Haupttreiber des anhaltenden Wirtschaftswachstums in Deutschland wird weiterhin die Binnennachfrage sein. Zwar wird ein weiterer Anstieg der Verbraucherpreise erwartet, jedoch führen die günstige Beschäftigungslage auf dem deutschen Arbeitsmarkt und Lohnsteigerungen zu höheren Haushaltseinkommen und steigenden privaten Konsumausgaben. Daneben bleiben auch die Geld- und die Fiskalpolitik weiterhin expansiv ausgerichtet.

Branchenentwicklung

Ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt auf die privaten Haushalte. Deren Lage stellt sich aufgrund der guten Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven weiterhin günstig dar. Gleichwohl ist aufgrund der leicht schwächer erwarteten konjunkturellen Entwicklung ein etwas geringeres Beitragswachstum zu erwarten. Die deutsche Versicherungswirtschaft dürfte daher im Geschäftsjahr 2019 eine stabile Geschäftsentwicklung mit einem Beitragsplus in Höhe von rund 2 Prozent gegenüber dem Geschäftsjahr 2018 zeigen (Jahrespressekonferenz am 29. Januar 2019, GDV).

Das Potenzial für Bestandswachstum in der Schaden- und Unfallversicherung ist aufgrund des hohen Grads der Marktdurchdringung sehr gering. Allerdings sollte sich die anhaltend günstige wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte weiterhin positiv auf die private Versicherungsnachfrage auswirken. Die etwas schwächere konjunkturelle Entwicklung wird sich nur zeitverzögert im gewerblich-industriellen Bereich niederschlagen.

Für das Jahr 2019 wird in der Schaden- und Unfallversicherung ein weiterhin stabiler Wachstumspfad erwartet, wenn auch mit einem etwas geringeren Anstieg der Beitragseinnahmen im Vergleich zum Jahr 2018.

Geschäftschancen ergeben sich für die Schaden- und Unfallversicherer insbesondere im Bereich der Elementarversicherung, da in Deutschland die Versicherungsdichte bei Risiken gegen Elementarschäden trotz der Zunahme von Wetterextremen relativ gering ist. Die Aufklärung über den erforderlichen Versicherungsschutz gegen Naturgefahren wird daher weiter ein wichtiges Aufgabenfeld der Schaden- und Unfallversicherer bleiben.

Als weiteres Wachstumfeld der Schaden- und Unfallversicherer wird die Cyberversicherung an Bedeutung gewinnen. Das Bewusstsein für Gefahren aus dem Internet und die damit verbundenen Vermögensschäden wächst zunehmend, und zwar sowohl im Bereich der großen Konzerne und mittelständischen Unternehmen als auch bei Privatkunden.

Unternehmensentwicklung¹

Für das Jahr 2019 geht die Bayerische Landesbrandversicherung von einem leichten Wachstum der gebuchten Bruttobeiträge aus. Speziell die landwirtschaftliche Ernteschutzversicherung und die Industrieversicherung werden zu diesem Wachstum beitragen. Dieses resultiert sowohl aus dem erwarteten Bestandswachstum als auch aus Index- und Beitragsanpassungen.

Für die Einschätzung der Schadenentwicklung geht die Bayerische Landesbrandversicherung von einem durchschnittlichen Schadenerwartungswert aus, der mit einem aktuariellen Verfahren auf Basis der Vergangenheitswerte abgeleitet wird. In jedem Versicherungszweig wird dabei die Entwicklung in den Größenklassen Basis-, Groß- und Kumulschäden unterschieden und berücksichtigt.

Weitere Verbesserungen im Schadenmanagement werden zu einer effizienteren Schadenbearbeitung führen und damit aufwandsreduzierend wirken. Die allgemeine Lohn- und Kostensteigerung stellt hierzu einen gegenläufigen Effekt dar. Die Bayerische Landesbrandversicherung geht von einer deutlichen Verbesserung der bilanziellen Brutto-Schadenquote im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie einer ebenfalls deutlichen Reduzierung der Combined Ratio (brutto) aus. Die Annahmen zum Schadenverlauf können allerdings durch nicht vorhersehbare Schadenereignisse – insbesondere bei Elementar- und Großschäden – erheblich beeinflusst werden. Bei der Kostenquote wird von einem konstanten Verlauf ausgegangen. Insgesamt wird eine deutliche Verbesserung des versicherungstechnischen Ergebnisses erwartet.

¹ Die bedeutsamsten für die Bayerische Landesbrandversicherung zur Unternehmenssteuerung herangezogenen Leistungsindikatoren sind die gebuchten Bruttobeiträge, die bilanzielle Brutto-Schadenquote, die Kostenquote, das Kapitalanlageergebnis sowie der Jahresüberschuss.

Die Bayerische Landesbrandversicherung wird mit ihrer Produktpalette, ihrer Kosteneffizienz sowie der flächen-deckenden Vertriebs- und Servicepräsenz in ihrer Region die führende Wettbewerbsposition weiter ausbauen. In den folgenden Jahren wird die Ertragsorientierung beim versicherungstechnischen Ergebnis weiterhin im Fokus stehen.

Mit darauf abgestimmten und stark vereinfachten Verkaufskonzepten sowie dem weiteren Ausbau der Services wird das Unternehmen auch in Zukunft seine Marktposition festigen.

Die Risikobewertung zu Naturgefahren gewinnt auch in der Sach-Industrieversicherung zunehmend an Bedeutung. Hierzu wurde die eigens entwickelte Portfoliosteuerung für die Sach-Industrie-Versicherung, neben der vorhandenen Bewertung der Feuergefahr, um den Baustein Überschwemmung erweitert. Damit erfolgt die Zeichnung von Risiken, neben der Prüfung des individuellen Risikos, unter Abgleich mit dem bereits vorhandenen Exposure.

Durch die Umstellung der Hagelversicherungen für pflanzliche Kulturen auf die neue ErnteSchutz Vario wachsen die Beitragseinnahmen weiter an. Gerade die starken Spätfröste im Frühjahr 2017 sowie die Dürre im Jahr 2018 haben gezeigt, dass die Erweiterung des Versicherungsschutzes um die Gefahren Sturm, Starkregen, Frost und Trockenheit eine optimale Absicherung in der landwirtschaftlichen Pflanzenversicherung ermöglicht. Aus diesem attraktiven Angebot können sich die Kunden der Bayerischen Landesbrandversicherung einen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Versicherungsschutz zusammenstellen. Dies ist die Basis für das weitere planmäßige Wachstum der landwirtschaftlichen Pflanzenversicherung.

Die Kapitalmärkte werden voraussichtlich auch in den kommenden Jahren im Zeichen der Niedrigzinsphase stehen. Die Bayerische Landesbrandversicherung ist auf diese Situation mit ihrer Geschäfts- und Anlagepolitik vorbereitet. Die Verzinsung der Kapitalanlagen wird bei anhaltend niedrigen Zinsen im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr leicht sinken. Das Kapitalanlageergebnis inkl. der Beteiligungserträge wird insgesamt auf dem Niveau des Jahres 2018 erwartet. Diese Prognose beruht auf der aktuellen Kapitalanlagenstruktur des Unternehmens sowie der Annahme eines anhaltenden Niedrigzinsumfelds.

Nach dem durch Sondereffekte bedingt positiven Ergebnis aus der sonstigen Nichtversicherungstechnik 2018 wird in diesem Bereich für das folgende Jahr wieder ein Aufwandssaldo erwartet. Dieser resultiert insbesondere aus den zinsbedingt hohen Aufwendungen für die Altersvorsorge. Der Steueraufwand 2019 wird bei einem geringeren Vorsteuerergebnis etwas geringer als im aktuellen Geschäftsjahr prognostiziert.

Insgesamt rechnet die Bayerische Landesbrandversicherung für das Geschäftsjahr 2019 mit einem deutlich positiven, leicht unter dem Niveau des aktuellen Geschäftsjahres liegenden Jahresüberschuss.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Der vorliegende Prognosebericht enthält Einschätzungen für die künftige Entwicklung des Unternehmens, die auf Basis von Planungen, Prognosen und der vorsichtigen Abwägung aller bekannten Chancen und Risiken gemacht werden können. Aufgrund unbekannter Risiken, Ungewissheiten und Unsicherheiten handelt es sich um Annahmen, die so nicht eintreten oder nicht vollständig eintreffen müssen. Die Gesellschaft kann für die getroffenen Prognosen keine Haftung übernehmen und verpflichtet sich gleichzeitig nicht, diese an die tatsächlich eintretenden Einflüsse anzupassen oder zu aktualisieren.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB

Im April 2015 beschloss der Deutsche Bundestag das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.

Durch eine daraus resultierende Änderung des AktG ist die Gesellschaft verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand sowie in den beiden obersten Führungsebenen unterhalb des Vorstands festzulegen.

Der Aufsichtsrat legte als Zielgröße einen Frauenanteil in Höhe von 16,6 Prozent im Aufsichtsrat und in Höhe von 12,5 Prozent im Vorstand fest.

Der Vorstand legte als Zielgröße einen Frauenanteil in Höhe von 22,9 Prozent in der ersten und in Höhe von 20,3 Prozent in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands fest.

Die von Aufsichtsrat und Vorstand angestrebten Zielgrößen konnten bis zum 30. Juni 2017 erreicht, auf der ersten Führungsebene mit 4,6 Prozent übertroffen werden.

Nach Ablauf dieser ersten Zielerreichungsfrist legte die Gesellschaft neue Zielgrößen fest.

Der Aufsichtsrat legte als Zielgröße einen Frauenanteil in Höhe von 16,6 Prozent im Aufsichtsrat und in Höhe von 14,3 Prozent im Vorstand fest.

Der Vorstand legte als Zielgröße einen Frauenanteil in Höhe von 27,5 Prozent in der ersten und in Höhe von 22,5 Prozent in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands fest.

Die von Aufsichtsrat und Vorstand angestrebten Zielgrößen sollen bis zum 30. Juni 2022 erreicht werden.

Nichtfinanzielle Erklärung

Gemäß § 289b Abs. 2 HGB ist die Bayerische Landesbrandversicherung als Tochterunternehmen von der Pflicht zur Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung befreit. Die Versicherungskammer Bayern Anstalt des öffentlichen Rechts legt als Mutterunternehmen die nichtfinanzielle Erklärung als Bestandteil des Konzernlageberichts offen. Der Konzernlagebericht wird als Teil des Geschäftsberichts im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Website des Unternehmens öffentlich zugänglich gemacht.

Definitionen

Abschlusskostensatz brutto

Der Abschlusskostensatz brutto ist das Verhältnis der Abschlusskosten (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto).

Bereinigte bilanzielle Schadenquote netto

Die bereinigte bilanzielle Schadenquote netto ist der in Prozent ausgewiesene Anteil der Aufwendungen für Versicherungsfälle (netto) ohne Berücksichtigung der Aufwendungen für Naturkatastrophen und sonstige Kumulrisiken an den verdienten Nettobeiträgen.

Bilanzielle Schadenquote brutto

Die bilanzielle Schadenquote brutto ist der in Prozent ausgewiesene Anteil der Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto an den verdienten Bruttobeiträgen.

Brutto/Netto

„Brutto“ bedeutet vor Abzug der Rückversicherungsanteile und „netto“ nach Abzug der Rückversicherungsanteile, auch „für eigene Rechnung“ genannt.

Combined Ratio (brutto) nach GDV

Die Combined Ratio (brutto) ist das Verhältnis von Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb, die Versicherungsleistungen und die sonstigen versicherungstechnischen Bruttositionen zu den abgegrenzten Prämien.

Geschäftsjahresschadenquote brutto

Die Geschäftsjahresschadenquote brutto gibt den Geschäftsjahresschadenaufwand im Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen an.

Kostenquote brutto

Die Kostenquote brutto ist das Verhältnis der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) zu den verdienten Beiträgen (brutto).

Kostensatz brutto

Der Kostensatz brutto gibt das Verhältnis der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto) an.

Laufende Durchschnittsverzinsung nach Verbandsformel

Die laufende Durchschnittsverzinsung beinhaltet die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich der laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Nettoverzinsung

Die Nettoverzinsung beinhaltet alle Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Selbstbehaltquote

Die Selbstbehaltquote ist das Verhältnis der gebuchten Nettobeiträge zu den gebuchten Bruttobeiträgen.

Verwaltungskostensatz brutto

Der Verwaltungskostensatz brutto ist das Verhältnis der Aufwendungen für die Verwaltung von Versicherungsverträgen (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto).

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Feuer- und Sachversicherung

Feuerversicherung

Feuer-Industrie-Versicherung
Landwirtschaftliche Feuerversicherung
Sonstige Feuerversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Sonstige Sachversicherungen

Einbruchdiebstahl- und Raub(ED)-Versicherung
Leitungswasser(LW)-Versicherung
Sturmversicherung
Hagelversicherung
Maschinenversicherung
Extended-Coverage(EC)-Versicherung

Sonstige Versicherungen

Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung
Sonstige Betriebsunterbrechungsversicherungen

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	37.811.548	43.315.631
II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	25.092.026	26.931.183
III. geleistete Anzahlungen	740.055	3.373.090
	63.643.629	73.619.904
B. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	125.018.504	119.073.631
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100.071.670	88.643.138
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	45.000.000	–
3. Beteiligungen	1.522.734	1.522.734
	146.594.404	90.165.872
III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	327.717.281	336.126.234
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	65.361.184	30.488.366
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	126.304.650	119.370.259
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	16.049.722	26.338.442
	142.354.372	145.708.701
4. Einlagen bei Kreditinstituten	115.000.000	170.000.000
5. Andere Kapitalanlagen	2.500	2.500
	650.435.337	682.325.801
	922.048.245	891.565.304
C. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
1. Versicherungsnehmer	5.415.287	6.721.105
2. Versicherungsvermittler	24.483.520	31.412.865
davon: an verbundene Unternehmen: 289.717 (220.494) €		
	29.898.807	38.133.970
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	28.349.575	6.418.992
davon: an verbundene Unternehmen: 28.349.575 (6.418.992) €		
III. Sonstige Forderungen	71.637.176	64.034.880
davon: an verbundene Unternehmen: 56.316.767 (46.876.398) €		
	129.885.558	108.587.842
D. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Sachanlagen und Vorräte	9.566.805	9.275.517
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	22.907.012	13.449.660
III. Andere Vermögensgegenstände	24.214	49.626
	32.498.031	22.774.803
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	2.198.272	1.901.151
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	5.231.655	5.260.375
	7.429.927	7.161.526
Summe der Aktiva	1.155.505.390	1.103.709.379

Passivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Eigenkapital		
I. Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	51.140.000	51.140.000
	51.140.000	51.140.000
II. Kapitalrücklage	15.643.171	15.643.171
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	5.114.000	5.114.000
2. andere Gewinnrücklagen	187.801.700	187.801.700
	192.915.700	192.915.700
IV. Bilanzgewinn	44.420.000	33.660.000
	304.118.871	293.358.871
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Beitragsüberträge		
1. Bruttobetrag	174.640.551	175.330.605
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-25.149.058	-24.724.673
	149.491.493	150.605.932
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
1. Bruttobetrag	482.640.019	428.480.730
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-196.881.291	-167.591.571
	285.758.728	260.889.159
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	14.950	154.383
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	81.942.868	109.930.339
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		
1. Bruttobetrag	1.003.125	959.555
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	54.453	429.957
	1.057.578	1.389.512
	518.265.617	522.969.325
C. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	189.473.121	149.419.030
II. Steuerrückstellungen	23.522.496	13.642.779
III. Sonstige Rückstellungen	47.082.886	63.851.636
	260.078.503	226.913.445
D. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:		
1. Versicherungsnehmern	14.559.669	10.917.060
2. Versicherungsvermittlern	15.521.629	15.124.062
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 1.036.392 (2.015.750) €		
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen: 22.395 (49.332) €		
	30.081.298	26.041.122
II. Sonstige Verbindlichkeiten	40.706.460	31.704.983
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 21.924.468 (10.179.660) €		
davon: aus Steuern: 6.951.681 (7.011.894) €		
	70.787.758	57.746.105
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.254.641	2.721.633
Summe der Passiva	1.155.505.390	1.103.709.379

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	523.541.470	510.654.269
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-164.380.460	-157.281.770
	359.161.010	353.372.499
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	690.054	-1.157.843
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	424.385	592.831
	1.114.439	-565.012
	360.275.449	352.807.487
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		
	70.322	59.805
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	-326.742.043	-278.940.420
bb) Anteil der Rückversicherer	102.280.676	86.608.141
	-224.461.367	-192.332.279
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	-54.159.289	-50.840.034
bb) Anteil der Rückversicherer	29.289.720	18.546.021
	-24.869.596	-32.294.013
	-249.330.936	-224.626.292
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		
a) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	331.934	-80.189
	331.934	-80.189
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		
	140.928	-163.353
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-129.385.617	-121.071.705
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinn- beteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	49.151.508	29.377.069
	-80.234.109	-91.694.636
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		
	-22.699.662	-22.598.588
8. Zwischensumme	8.553.926	13.704.234
9. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen	27.987.471	4.776.448
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	36.541.397	18.480.682

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	12.985.376	8.773.109
davon: aus verbundenen Unternehmen: 12.832.430 (8.548.650) €		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
davon: aus verbundenen Unternehmen: 2.610.635 (2.041.676) €		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	32.399.985	31.053.026
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	8.066.132	10.843.016
	40.466.117	41.896.042
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	704.846	2.618.093
d) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	296.148	325.743
	54.452.487	53.612.987
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-9.537.966	-8.422.539
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-4.927.508	-3.667.794
	-14.465.474	-12.090.333
	39.987.013	41.522.654
	39.987.013	41.522.654
3. Sonstige Erträge	586.146.209	514.706.705
davon: aus der Währungsumrechnung: 2.563 (120) €		
4. Sonstige Aufwendungen	-585.593.894	-516.945.085
davon: aus der Währungsumrechnung: -201 (-7.310) €		
	552.315	-2.238.380
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	77.080.725	57.764.956
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-32.687.499	-25.089.614
7. Sonstige Steuern	26.774	984.658
	-32.660.725	-24.104.956
8. Jahresüberschuss	44.420.000	33.660.000
9. Bilanzgewinn	44.420.000	33.660.000

Anhang

Angabe zur Identifikation

Die Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft mit Firmensitz in der Maximilianstraße 53, 80530 München, wird im Handelsregister beim Amtsgericht München unter der Handelsregisternummer HRB 110001 geführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des HGB, des AktG und des VAG in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der aktuellen Fassung erstellt.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurden die Einzelposten des Jahresabschlusses grundsätzlich in vollen Eurobeträgen ausgewiesen. Durch kaufmännische Rundungen können sich bei der Addition der Einzelwerte Abweichungen zu den anderorts angegebenen Summen und Werten ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aktivierung **selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände** wurde der Grundsatz der Ansatzstetigkeit (§ 246 Abs. 3 HGB) beachtet.

Bei Zugang wurden selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände mit den Entwicklungskosten (§ 255 Abs. 2a in Verbindung mit § 255 Abs. 2 HGB) aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden bei mangelnder Werthaltigkeit vorgenommen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden bei Zugang mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden bei immateriellen Vermögensgegenständen bei mangelnder Werthaltigkeit vorgenommen. Geringwertige immaterielle Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Als **geleistete Anzahlungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände wurden Vorauszahlungen auf den Kaufpreis von entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen vor Übergang des Eigentums sowie angefallene und aktivierungspflichtige Kosten bis zum Zeitpunkt der Betriebsbereitschaft angesetzt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wurden geleistete Anzahlungen außerplanmäßig abgeschrieben.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen (gemildertes Niederstwertprinzip).

Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip).

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 Halbsatz 1 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 Halbsatz 2 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, da diese dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB über die Restlaufzeit.

Namenschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei Namenschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB über die Restlaufzeit.

Einlagen bei Kreditinstituten wurden zum Nennwert angesetzt.

Andere Kapitalanlagen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Wertaufholungsgebot und Zuschreibungen

Das Zuschreibungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie **andere Vermögensgegenstände** wurden grundsätzlich zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie **Sonstige Forderungen** wurden grundsätzlich zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt. Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Pauschalwertberichtigungen nach den Erfahrungswerten der Vorjahre gebildet.

Sachanlagen wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften mit dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen Beträge entfallen auf das aktuelle Geschäftsjahr und waren am Bilanzstichtag noch nicht fällig. Sie wurden mit Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Beitragsüberträge** wurden für jeden Vertrag einzeln berechnet – entsprechend dem jeweiligen Beginn des Versicherungsjahres und der Zahlungsweise. Hinsichtlich der nicht übertragungsfähigen Beitragsteile wurden die steuerlichen Bestimmungen beachtet.

Die **Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle** wurden im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft grundsätzlich je Schadenfall einzeln ermittelt. Sie umfassten Leistungsverpflichtungen aus Versicherungsfällen, bei denen die Höhe, der Zahlungszeitpunkt oder die Zahlungsdauer noch unsicher waren.

Für noch unbekanntes Schäden wurden **Spätschadenrückstellungen** nach den Erfahrungen der Vorjahre gebildet.

Die **Rückstellungen für Regulierungskosten** wurden entsprechend dem BMF-Schreiben vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Berücksichtigungsfähige Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen wurden von den Rückstellungen abgesetzt.

Eine **Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung** wurde gemäß den vertraglichen Regelungen gebildet.

Die Position **Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen** beinhaltet, soweit dies handelsrechtlich vorgeschrieben ist, eine Vorsorge zum Ausgleich der Schwankungen im Schadenverlauf künftiger Jahre sowie eine Vorsorge für Großrisiken; die Rückstellung wurde gemäß § 341h Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV und der Anlage zu § 29 RechVersV gebildet.

Die **Sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** wurden in Höhe des zu erwartenden Erfüllungsbetrags angesetzt.

Für das in **Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft** entsprachen die Anteile des Rückversicherers den Rückversicherungsverträgen.

Die **Pensions- und Jubiläumsrückstellungen** wurden gemäß § 253 HGB ermittelt und nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Als Bewertungsverfahren wurde die Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren) angewandt. Die im Oktober 2018 veröffentlichten neuen Heubeck-Richttafeln RT 2018 G fanden im Geschäftsjahr 2018 keine Anwendung. Die Ermittlung der Rückstellungen erfolgte stattdessen auf der Basis individuell modifizierter Sterbetafeln, bei denen die Sterbewahrscheinlichkeiten für den Gesamtbestand auf 80 Prozent der Grundwerte (im Vorjahr: 100 Prozent) aus den Heubeck-Richttafeln RT 2005 G vermindert wurden. Es wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Pensionsrückstellungen mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre in Höhe von 3,21 Prozent (im Vorjahr: 3,68 Prozent) zu bewerten, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Für die Berechnung der Jubiläumsrückstellung wurde ein durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre in Höhe von 1,81 Prozent (im Vorjahr: 2,31 Prozent) verwendet. Für die Abzinsung wurde pauschal eine angenommene Restlaufzeit von neun Jahren unterstellt. Zudem wurde der Bewertungsparameter Gehaltsdynamik einheitlich auf 2,75 Prozent (im Vorjahr: 2,00 Prozent) neu festgelegt. Weiter wurde von einer Fluktuation in Höhe von 2,10 Prozent bei Frauen und 2,00 Prozent bei Männern ausgegangen. Ferner wurde zur Berechnung der Pensionsrückstellungen eine Rentendynamik in Höhe von 2,00 Prozent verwendet.

Die Rückstellungen für **Altersteilzeit** wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen im Sinne des IDW RS HFA 3 ermittelt. Die zuvor genannte Änderung zur Absenkung der Sterblichkeit auf 80 Prozent fand keine Anwendung. Als Rechnungsgrundlage wurden die Heubeck-Richttafeln RT 2005 G verwendet. Die Alterszeitverpflichtungen wurden mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 0,98 Prozent (im Vorjahr: 1,44 Prozent) bewertet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von drei Jahren ergibt. Weiter wurde eine Gehaltssteigerung in Höhe von 2,75 Prozent angesetzt.

Die **Pensionsrückstellungen** sowie die **Altersteilzeitrückstellungen** wurden mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Die **Steuerrückstellungen** sowie alle übrigen **sonstigen Rückstellungen** wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie **Sonstige Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden nach § 250 Abs. 2 HGB bilanziert.

Aktive und passive latente Steuern werden für die Unterschiede in den Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanz angesetzt.

Die Bewertung temporärer bzw. quasi-temporärer Differenzen sowie der steuerlichen Verlustvorträge erfolgte mit dem für das Geschäftsjahr geltenden kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer (KSt) und Gewerbesteuer (GewSt) in Höhe von 32,4 (32,4) Prozent.

Die passiven latenten Steuern entstanden hauptsächlich aus der unterschiedlichen Bewertung von immateriellen Vermögensgegenständen. Die mit den passiven latenten Steuern zu saldierenden aktiven latenten Steuern beruhten im Wesentlichen auf Bewertungsunterschieden bei den Kapitalanlagen, den versicherungstechnischen Rückstellungen, den Pensionsrückstellungen und den sonstigen Rückstellungen.

Für den verbleibenden Aktivüberhang wurden entsprechend dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr keine latenten Steuern bilanziert.

Sonstiges

In der Bilanz wurden die Abzugsbeträge mit einem Minuszeichen dargestellt. Aufwände wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Minuszeichen dargestellt und Erträge ohne Vorzeichen.

Der Begriff „Beteiligungsunternehmen“ wurde gleichbedeutend für die Formulierung „Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ verwendet.

Anhang

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2018

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Umbuchungen Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	43.316	796	-
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	26.931	3.562	3.002
3. geleistete Anzahlungen	3.373	369	-3.002
4. Summe A.	73.620	4.727	-
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			
	119.074	9.830	-
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	88.643	11.429	-
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	-	77.000	-
3. Beteiligungen	1.523	-	-
4. Summe B. II.	90.166	88.429	-
B. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	336.126	4.429	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30.488	34.955	-
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	119.370	12.000	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	26.338	-	-
4. Einlagen bei Kreditinstituten	170.000	-	-
5. Andere Kapitalanlagen	3	-	-
6. Summe B. III.	682.325	51.384	-
Insgesamt	965.185	144.540	-

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
-	-	-6.300	37.812
-	-	-8.403	25.092
-	-	-	740
-	-	-14.703	63.644
-	-	-3.885	125.019
-	-	-	100.072
-32.000	-	-	45.000
-	-	-	1.523
-32.000	-	-	146.595
-11.795	-	-1.043	327.717
-82	-	-	65.361
-5.065	-	-	126.305
-10.290	-	-	16.048
-55.000	-	-	115.000
-	-	-	3
-82.232	-	-1.043	650.434
-114.232	-	-15.746	985.692

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte

Im Geschäftsjahr 2018 wurden weitere Entwicklungskosten (§ 255 Abs. 2a in Verbindung mit § 255 Abs. 2 HGB) für Anwendungssoftware in Höhe von 0,8 (2,6) Mio. Euro aktiviert. Die gesamten Entwicklungskosten des Geschäftsjahres beliefen sich auf 1,2 (6,3) Mio. Euro.

A. II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Die Gesellschaft aktivierte im Wesentlichen entgeltlich erworbene Anwendungssoftware, die planmäßig über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben wurde.

B. Kapitalanlagen

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Buchwerte Tsd. €	Zeitwerte Tsd. €	Buchwerte Tsd. €	Zeitwerte Tsd. €
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	125.019	903.510	119.074	642.680
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100.072	206.663	88.643	191.626
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	45.000	45.000	–	–
3. Beteiligungen	1.523	5.510	1.523	5.939
	146.595	257.173	90.166	197.565
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	327.717	332.869	336.126	367.456
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	65.361	69.628	30.488	35.527
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	126.305	136.253	119.370	131.137
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	16.048	18.538	26.338	29.115
	142.353	154.791	145.708	160.252
4. Einlagen bei Kreditinstituten	115.000	115.000	170.000	170.000
5. Andere Kapitalanlagen	3	3	3	3
	650.434	672.291	682.325	733.238
	922.048	1.832.974	891.565	1.573.483
Bewertungsreserven zum Bilanzstichtag		910.926		681.918

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 910.926 (681.918) Tsd. Euro und lagen bei 98,8 (76,5) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Zum Bilanzstichtag wurde bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe eines Buchwerts von 31.979 Tsd. Euro (Zeitwert 31.785 Tsd. Euro) sowie bei Namensschuldverschreibungen in Höhe eines Buchwerts von 22.000 Tsd. Euro (Zeitwert 21.921 Tsd. Euro) von einer Abschreibung auf den Zeitwert abgesehen, da die vorübergehende Wertminderung nicht auf Bonitätsverschlechterung zurückzuführen ist. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind im Geschäftsjahr und im Vorjahr in voller Höhe dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlageart, nach folgenden, branchenweit anerkannten Methoden ermittelt:

Der Zeitwert des Grundvermögens wurde anhand der Ertragswertmethode ermittelt. Für unbebaute Grundstücke kamen die Marktwerte, für Gebäude die Ertragswerte und für im Bau befindliche Objekte die kumulierten Herstellungskosten zum Ansatz. Sämtliche Grundstücksobjekte wurden zum Bilanzstichtag neu bewertet. Der Zeitwert von an der Börse notierten Kapitalanlagen wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten wurde mit dem Ertragswertverfahren oder anhand des Nettovermögenswerts ermittelt. Der Zeitwert von an der Börse notierten Wertpapieren wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Sofern kein Börsenkurs vorhanden war, erfolgte die Bewertung von Investmentfonds zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Schuldtiteln wurde mit dem Discounted-Cashflow-Verfahren zum 31. Dezember 2018 unter Berücksichtigung der jeweiligen Bonitäts- und Liquiditätsabschläge ermittelt. Bei Einlagen bei Kreditinstituten wurde der Nennwert als Zeitwert angesetzt.

B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst 31 (31) Grundstücke.

Der Bilanzwert der überwiegend eigengenutzten Grundstücke und Bauten belief sich zum 31. Dezember 2018 auf insgesamt 7.485 (7.917) Tsd. Euro. Es wurden, bezogen auf den Gesamtbestand, planmäßige Abschreibungen in Höhe von 3.885 (3.668) Tsd. Euro vorgenommen.

B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag gemäß § 285 Nr. 11 HGB		Anteil am Kapital %	Eigenkapital Tsd. €	Jahres- ergebnis Tsd. €
Bayerische Versicherungskammer Landesbrand Kundenservice GmbH	München	100,00	266	– ²
CombiRisk Risk-Management GmbH	München	49,00	659	102 ¹
INVERSO Gesellschaft für innovative Versicherungssoftware mbH	München	100,00	1.165	499 ¹
LIGA-Gassenhuber Versicherungsagentur GmbH	Grünwald	25,10	684	959 ¹
MediRisk Bayern Risk- und Rehamanagement GmbH	München	100,00	270	31 ¹
Odewald & Compagnie GmbH & Co. Dritte Beteiligungsgesellschaft für Vermögensanlage KG	Berlin	3,01	25.040	102.195 ¹
OSG Objektgesellschaft Standort Giesing mbH & Co. KG	München	35,00	113.835	7.312
Private Investment Fund Management S.a.r.l.	Luxemburg	18,18	20	2 ¹
Private Investment Fund: B, S.C.Si.SICAV SIF	Luxemburg	21,20	328.068	21.445 ¹
Private Investment Fund: C, S.C.Si.SICAV SIF	Luxemburg	7,25	56.945	2.424 ¹
S-Versicherungsvermittlungs-GmbH	Kaiserslautern	5,00	141	– ¹
Verband öffentlicher Versicherer K. d. ö. R.	Berlin und Düsseldorf	1,39	75.618	2.128 ¹
Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung Aktiengesellschaft	München	51,00	166.121	29.850
VGG Underwriting Service GmbH	München	49,00	113	–29 ¹

¹ Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017.

² Gewinnabführungsvertrag.

Bei den Zugängen zu Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich um den Erwerb von Anteilen an der Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG in Höhe von 10.368,6 Tsd. Euro und den Erwerb von Anteilen an Private-Equity-Investments in Höhe von 1.059,9 Tsd. Euro.

B. III. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Angaben zu den Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

Anlageziele	Anteilswert	Zeitwert	Saldo	Ausschüt- tungen
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Geschäftsjahr Tsd. €
Gemischt ¹	285.917	291.069	5.152	780
Gesamt	285.917	291.069	5.152	780

¹ Börsentägliche Anteilsscheinrückgabe möglich.

C. III. Sonstige Forderungen und D.III. Andere Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Steuern in Höhe von 40 Euro wurden im Geschäftsjahr unter der Position D.III. Andere Vermögensgegenstände ausgewiesen. Der Vorjahresausweis der Steuererstattungsansprüche in Höhe von 71.693 Euro wurde unverändert in der Bilanzposition C.III. Sonstige Forderungen belassen.

Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 51.140.000 Euro. Es ist eingeteilt in 2.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von je 25,57 Euro, die nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden können.

Der alleinige Aktionär, die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, hat das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft gemäß § 20 Abs. 1 bzw. 4 AktG mitgeteilt.

B. Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen insgesamt

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Feuer- und Sachversicherung	703.496.744	672.037.985
davon:		
▪ Feuerversicherung	317.469.439	285.466.433
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	211.944.630	210.994.062
▪ Sonstige Sachversicherungen	174.082.675	175.577.490
Sonstige Versicherungen	36.744.768	42.817.626
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	740.241.512	714.855.611
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	740.241.512	714.855.611

B. II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle – brutto

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Feuer- und Sachversicherung	454.994.220	393.975.396
davon:		
▪ Feuerversicherung	253.912.189	210.833.525
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	104.200.177	95.967.633
▪ Sonstige Sachversicherungen	96.881.854	87.174.238
Sonstige Versicherungen	27.645.799	34.505.334
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	482.640.019	428.480.730
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	482.640.019	428.480.730

B. IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Feuer- und Sachversicherung	75.017.049	103.775.423
davon:		
▪ Feuerversicherung	–	11.278.630
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	18.597.433	23.246.791
▪ Sonstige Sachversicherungen	56.419.616	69.250.002
Sonstige Versicherungen	6.925.819	6.154.916
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	81.942.868	109.930.339
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	81.942.868	109.930.339

Gemäß Abschnitt I Nr.7 Abs.1 Satz 2 zu § 29 RechVersV kann die Auflösung der Schwankungsrückstellung auf das Bilanzjahr und die folgenden vier Geschäftsjahre gleichmäßig verteilt werden. Von diesem Wahlrecht wurde in der Sparte Verbundene Wohngebäudeversicherung Gebrauch gemacht.

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	189.473.121	149.419.030
Gesamt	189.473.121	149.419.030

Die Anschaffungskosten der mit den Pensionsrückstellungen zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprachen dem Zeitwert und beliefen sich auf 10.512.466 Euro. Der Zeitwert umfasste bei Rückdeckungsversicherungen das Deckungskapital des Versicherungsvertrags zuzüglich unwiderruflich zugeteilter Überschussanteile. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Pensionsrückstellungen in Höhe von 199.985.587 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 356.491 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 5.517.203 Euro verrechnet. Durch den Zuführungseffekt aus der Anpassung der Bewertungsparameter Gehaltsdynamik und Sterblichkeit wurden die Pensionsrückstellungen in Höhe von 22.710.810 Euro gestärkt. Gleichzeitig wurde der bis zum 31. Dezember 2017 gebildete Verwaltungskostenzuschlag als Bestandteil der Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.582.970 Euro vollständig ertragswirksam aufgelöst.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (3,21 Prozent) ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (2,32 Prozent) ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 45.119.594 Euro. Dieser Unterschiedsbetrag ist für die Ausschüttung gesperrt.

C. III. Sonstige Rückstellungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Ausstehende Rechnungen	19.070.831	28.911.502
Vertriebserfolgsvergütung	9.138.309	8.827.566
Jubiläumszuwendungen	6.836.710	6.074.174
Urlaubsverpflichtungen	3.587.320	3.431.745
Altersteilzeit	1.674.917	2.288.096
Risikovorsorge für betriebliche Altersvorsorge	–	3.727.442
Sonstige	6.774.799	10.591.110
Gesamt	47.082.886	63.851.636

Die Anschaffungskosten der mit den **Altersteilzeitrückstellungen** zu verrechnenden Vermögensgegenstände beliefen sich auf 5.989.585 Euro und entsprachen dem Zeitwert. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 7.664.501 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 120.359 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 142.035 Euro verrechnet.

D. Andere Verbindlichkeiten

Von den Sonstigen Verbindlichkeiten hatten 74.829 Euro eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Haftungsverhältnisse und Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Auf Kapitalanlagen mit einem Nennbetrag von 898 Tsd. Euro bestanden nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 867 Tsd. Euro.

Die Gesellschaft haftet als Mitglied der Versicherergemeinschaft Großkunden (VGG) gesamtschuldnerisch gegenüber den Versicherungsnehmern für sämtliche aus den Versicherungsverhältnissen der VGG entstehenden Verpflichtungen.

Zur Deckung von Risiken aus Terroranschlägen beteiligt sich die Bayerische Landesbrandversicherung am Solidaritätspool öffentlicher Versicherer. Die öffentlichen Versicherer stellen diesem Pool jährlich eine Kapazität von insgesamt 250 Mio. Euro zur Verfügung, die im Bedarfsfall von ihnen gemeinsam aufzubringen wären. Entsprechend ihrem Anteil ergibt sich für die Bayerische Landesbrandversicherung eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von 21,35 Mio. Euro.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beliefen sich insgesamt auf 34.083.221 Euro, davon 26.451.209 Euro gegenüber verbundenen Unternehmen.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. a)–d) Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Gesamtes Versicherungsgeschäft	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Gebuchte Bruttobeiträge	523.541.470	510.654.269
Verdiente Bruttobeiträge	524.231.523	509.496.425
Verdiente Nettobeiträge	360.275.449	352.807.487

Gebuchte Bruttobeiträge	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Feuer- und Sachversicherung	509.671.556	497.608.999
davon:		
▪ Feuerversicherung	222.999.367	216.385.523
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	174.566.845	179.733.503
▪ Sonstige Sachversicherungen	112.105.344	101.489.973
Sonstige Versicherungen	13.869.914	13.045.270
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	523.541.470	510.654.269
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	523.541.470	510.654.269

Verdiente Bruttobeiträge	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Feuer- und Sachversicherung	510.338.318	496.555.796
davon:		
▪ Feuerversicherung	222.659.968	215.896.524
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	177.198.858	180.759.563
▪ Sonstige Sachversicherungen	110.479.492	99.899.709
Sonstige Versicherungen	13.893.205	12.940.629
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	524.231.523	509.496.425
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	524.231.523	509.496.425

Verdiente Nettobeiträge	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Feuer- und Sachversicherung	356.176.293	348.713.111
davon:		
▪ Feuerversicherung	156.911.968	153.138.494
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	148.969.065	152.838.861
▪ Sonstige Sachversicherungen	50.295.260	42.735.756
Sonstige Versicherungen	4.099.156	4.094.376
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	360.275.449	352.807.487
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
Gesamtes Versicherungsgeschäft	360.275.449	352.807.487

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	Geschäftsjahr Anzahl der Verträge	Vorjahr Anzahl der Verträge
Feuer- und Sachversicherung	2.731.546	2.739.981
davon:		
▪ Feuerversicherung	514.110	512.651
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	1.957.916	1.981.608
▪ Sonstige Sachversicherungen	259.520	245.722
Sonstige Versicherungen	12.622	12.248
Gesamtes Versicherungsgeschäft	2.744.168	2.752.229

I. 3. Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Feuer- und Sachversicherung	-372.775.712	-307.874.184
davon:		
▪ Feuerversicherung	-190.725.677	-136.386.262
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	-106.540.602	-105.810.130
▪ Sonstige Sachversicherungen	-75.509.433	-65.677.792
Sonstige Versicherungen	-8.125.619	-21.906.270
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-380.901.331	-329.780.454
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-	-
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-380.901.331	-329.780.454

I. 6. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Abschlussaufwendungen	-82.252.167	-79.261.552
Verwaltungsaufwendungen	-47.133.450	-41.810.153
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-129.385.617	-121.071.705

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Feuer- und Sachversicherung	-125.944.583	-117.671.402
davon:		
▪ Feuerversicherung	-64.247.853	-60.295.323
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	-37.081.502	-35.241.820
▪ Sonstige Sachversicherungen	-24.615.228	-22.134.259
Sonstige Versicherungen	-3.441.034	-3.400.303
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-129.385.617	-121.071.705
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-	-
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-129.385.617	-121.071.705

I. 10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Feuer- und Sachversicherung	37.787.648	20.357.190
davon:		
▪ Feuerversicherung	3.761.676	2.074.848
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	27.689.172	22.698.418
▪ Sonstige Sachversicherungen	6.336.800	-4.416.076
Sonstige Versicherungen	-1.246.252	-1.876.508
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	36.541.396	18.480.682
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-	-
Gesamtes Versicherungsgeschäft	36.541.396	18.480.682

Rückversicherungssaldo

Anteil der Rückversicherer an den	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
verdienten Beiträgen	-163.956.075	-156.688.939
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	131.570.396	105.154.162
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	49.151.508	29.377.069
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	16.765.829	-22.157.708

Der Rückversicherungssaldo teilte sich wie folgt auf:

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Feuer- und Sachversicherung	19.191.359	-33.677.715
davon:		
▪ Feuerversicherung	38.051.169	-4.024.645
▪ Verbundene Wohngebäudeversicherung	-1.965.367	-7.827.871
▪ Sonstige Sachversicherungen	-16.894.443	-21.825.199
Sonstige Versicherungen	-2.425.530	11.520.007
Gesamtes Versicherungsgeschäft	16.765.829	-22.157.708

Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Im Geschäftsjahr entstanden periodenfremde Erträge in Höhe von 9.887 Tsd. Euro, insbesondere durch die Auflösung einer Drohverlustrückstellung. Aufgrund der neu festgelegten Bewertungsparameter für die Pensionsrückstellungen ergaben sich im Geschäftsjahr periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 7.199 Tsd. Euro.

II. 4. Sonstige Aufwendungen

In dieser Position sind Aufwendungen aus der Aufzinsung der sonstigen Rückstellungen in Höhe von 23.085 Euro enthalten.

Anhang

Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter

Bei der Bayerischen Landesbrandversicherung waren im Jahr 2018 durchschnittlich 2.101 Mitarbeiter beschäftigt.

Mitarbeiter	Geschäftsjahr	Vorjahr
Innendienst-Vollzeitmitarbeiter	1.440	1.423 ¹
Innendienst-Teilzeitmitarbeiter	408	417 ¹
Angestellte Außendienstmitarbeiter	253	240 ¹
Gesamt	2.101	2.080¹

¹ Die Anzahl der Mitarbeiter für das Jahr 2017 wurde aufgrund einer internen Umstellung des Auswertungstools angepasst und umfasst alle Mitarbeiter im aktiven Dienst.

Provisionen und Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-46.079	-43.078
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-4.243	-2.718
3. Löhne und Gehälter	-156.473	-154.255
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-23.272	-22.620
5. Aufwendungen für Altersversorgung	-52.568	-22.550
6. Aufwendungen insgesamt	-282.635	-245.221

Gesamthonorar Abschlussprüfer

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Abschlussprüfungsleistungen	-254.892	-259.552
Bestätigungsleistungen	-64.937	-1.479
Sonstige Leistungen	-155.578	-183.651
Gesamt	-475.407	-444.682

Die Abschlussprüfungsleistungen umfassten die Jahresabschlussprüfung, die Prüfung der Solvabilitätsübersicht sowie die Prüfung des Abhängigkeitsberichts. Es wurden Bestätigungsleistungen für die Prüfung und Qualitätssicherung für das Interne Kontrollsystem erbracht. Es wurden Sonstige Leistungen für Beratungen, wie z. B. die Compliance betreffend, vorgenommen.

Gremien

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Kapitel „Gremien“ vor dem Lagebericht aufgeführt.

Die Bezüge des Vorstands lagen im Geschäftsjahr für die Bayerische Landesbrandversicherung bei 1.413.133 Euro, an ehemalige Mitglieder des Vorstands wurden 507.972 Euro gezahlt.

Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat beliefen sich auf 122.754 Euro.

Konzernzugehörigkeit

Die Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München, gehört zum Konzern Versicherungskammer. Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, stellt als Mutterunternehmen den Konzernabschluss für den größten und den kleinsten Kreis von Unternehmen auf und wird die Bayerische Landesbrandversicherung in den Konzernabschluss einbeziehen.

Der nach § 291 Abs. 1 HGB befreiende Konzernabschluss und Konzernlagebericht der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, wird im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Der Konzernabschluss ist außerdem am Firmensitz der Versicherungskammer Bayern, Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, Maximilianstraße 53, 80530 München, erhältlich und steht auf www.vkb.de zur Verfügung.

Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

	Geschäftsjahr
	€
Jahresüberschuss	44.420.000
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	–
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	–
Bilanzgewinn	44.420.000

Der Vorstand schlägt vor, vom Bilanzgewinn in Höhe von 44.420.000 Euro einen Betrag in Höhe von 30.930.000 Euro an den Aktionär auszuschütten und einen Betrag in Höhe von 13.490.000 Euro in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Für Entwicklungskosten selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände besteht ein für Ausschüttungen gesperrter Betrag an den frei verfügbaren Rücklagen (Gewinnrücklagen) in Höhe von 25.542.457 Euro. Dieser für Ausschüttungen gesperrte Betrag steht der geplanten Gewinnausschüttung aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 30.930.000 Euro nicht entgegen.

München, den 1. März 2019

Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dr. Walthes



Schick



Dr. Heene



Leyh



Pfaller



Dr. Seitz



Dr. Spieleder

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung, die im Lagebericht im Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB“ enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzes und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der nicht notierten Sonstigen Ausleihungen

Die nicht notierten Sonstigen Ausleihungen betreffen im Wesentlichen den Bestand der Bilanzposten Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft unter dem Punkt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft unter dem Punkt Marktrisiko.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von EUR 142,4 Mio aus.

Der beizulegende Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt zum Bilanzstichtag EUR 154,8 Mio.

Die nicht notierten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen werden entweder zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. In Bezug auf die Buchwerte besteht bei diesen Kapitalanlagen, bei denen der beizulegende Wert bzw. der beizulegende Zeitwert zum Bilanzstichtag unterhalb des Buchwertes liegt, das grundsätzliche Risiko, dass diese Werte nicht zutreffend ermittelt werden und daher eine voraussichtliche dauernde Wertminderung nicht erkannt wurde und eine Abschreibung daher unterbleibt oder bei einer Wertaufholung eine Zuschreibung unterbleibt oder nicht in erforderlichem Umfang vorgenommen wird.

Ein erhöhtes Risiko liegt hierbei insbesondere vor, da keine notierten Preise für identische Wertpapiere und Forderungen auf aktiven Märkten verfügbar sind. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt deshalb anhand von Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung von am Markt beobachtbaren Parametern. Diese Parameter sind ermessensbehaftet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte durch die Auswahl und Ableitung von am Markt beobachtbaren Parametern ist komplex. Das Risiko für den Abschluss wird umso größer, je mehr Parameter einfließen.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unsere Prüfung der Bewertung dieser Kapitalanlagen beinhaltete insbesondere folgende wesentliche Tätigkeiten:

- Wir haben den Prozess der Überprüfung der Bewertungsparameter (Spreads der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen) einschließlich der hierzu eingerichteten Kontrollen auf Wirksamkeit geprüft.
- Im Rahmen von Einzelfallprüfungen haben wir uns von der korrekten Erfassung der Bestandsdaten im Bestandsführungssystem überzeugt.
- Zudem wurden die verwendeten Parameter mit am Markt beobachtbaren Parametern verglichen. Wir haben die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsmodelle sowie die Ermittlung der in die Bewertung einfließenden Annahmen und Parameter geprüft.
- Darüber hinaus haben wir für eine Auswahl von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen eigene Berechnungen vorgenommen und mit den von der Gesellschaft angesetzten Werten verglichen.
- Wir haben überprüft, ob die bilanzielle Folgebewertung aufgrund der Zeitwertermittlung zutreffend umgesetzt wurde.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die verwendeten Methoden zur Bewertung sind sachgerecht und stehen im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen. Die zugrunde liegenden Annahmen und Parameter wurden angemessen abgeleitet.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Schaden-/Unfall-Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Risikoangaben sind im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft im Abschnitt Versicherungstechnisches Risiko aus der Schaden- und Unfallversicherung enthalten.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle betragen EUR 482,6 Mio. Dies entspricht 41,8 % der Bilanzsumme.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle teilt sich in verschiedene Teilschadenrückstellungen auf. Die Rückstellung für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle betrifft einen wesentlichen Teil der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne eine Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern hat unter Beachtung des Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle werden nach dem voraussichtlichen Aufwand für jeden einzelnen Schadenfall geschätzt. Für noch nicht bekannte Schadenfälle werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die überwiegend nach Erfahrungssätzen berechnet werden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch zu erwartenden Schadenzahlungen nicht in zutreffender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekanntes Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese nicht in zutreffendem Umfang geschätzt werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE BEI DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Rückstellung für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuarien eingesetzt und folgende wesentliche Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben uns einen grundlegenden Überblick über den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen verschafft, wesentliche Kontrollen identifiziert, die auf die Vollständigkeit und Richtigkeit der vorzunehmenden Schätzungen abzielen, und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns insbesondere davon überzeugt, dass die Kontrollen, mit denen die zeitnahe Erfassung und Bearbeitung von Versicherungsfällen und somit die korrekte Bewertung sichergestellt werden sollen, sachgerecht aufgebaut sind und wirksam durchgeführt werden.
- Auf Basis einer bewussten Auswahl haben wir die ordnungsgemäße Führung einzelner Schadenakten sowie die Aktualität einzelner, bekannter Schadenrückstellungen anhand der Aktenlage für verschiedene Versicherungszweige und -arten nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnung der Gesellschaft zur Ermittlung der unbekanntes Spätschäden nachvollzogen. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl der Schäden und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten, durchschnittlichen Schadenhöhen und Abwicklungsgeschwindigkeiten sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für ausgewählte Segmente durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung für den Gesamtschadenaufwand brutto ermittelt, um die Angemessenheit der gebuchten Schadenrückstellungen zu überprüfen und ein enthaltenes Sicherheitsniveau zu bewerten.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die verwendeten Methoden zur Bewertung der Teilschadenrückstellung für bekannte und unbekanntere Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Schaden-/Unfall-Versicherungsgeschäft sind sachgerecht und stehen im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen. Die zugrunde liegenden Annahmen wurden in geeigneter Weise abgeleitet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung und
- den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender und geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 23. März 2018 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 31. Oktober 2018 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1994 als Abschlussprüfer der Gesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

Neben der Prüfung des Jahresabschlusses und der Solvabilitätsübersicht der Bayerische Landesbrandversicherung AG haben wir die Jahresabschlussprüfungen sowie Prüfung der Solvabilitätsübersicht bei Tochterunternehmen durchgeführt.

Verantwortliche Wirtschaftsprüferin

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Stefanie Abt.

München, den 5. März 2019

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Abt
Wirtschaftsprüferin

Hildebrandt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund regelmäßiger Berichte fortlaufend überwacht und uns in mehreren Sitzungen über die Geschäftslage unterrichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns haben wir geprüft; Beanstandungen ergaben sich nicht. Wir schließen uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, an. Sie hat dem vorgelegten Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss billigen wir. Er ist damit festgestellt.

Den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Bericht mit dem folgenden Vermerk bestätigt: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind;
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Dieser Beurteilung schließen wir uns an. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

Mit Wirkung zum 9. Oktober 2018 wurde Herr Norbert Dippold in den Aufsichtsrat gewählt.

München, den 20. März 2019

Für den Aufsichtsrat



Pache



Jung



Borch



Decker



Dippold



Eckerlein



Geiger



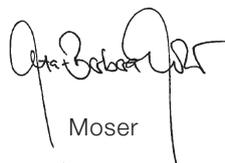
Dr. Heidingsfelder



Kraus



Dr. Maier



Moser



Pirner



Prof. Dr. Reuter



Schäfer



Schubert



Schwarzbauer



von Hebel



Wittmann

Impressum

Herausgeber

Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
Maximilianstraße 53, 80530 München
Telefon (0 89) 21 60-0
service@vkb.de
www.vkb.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion

Rechnungswesen

Gestaltung/Produktion

wirDesign Berlin Braunschweig

Konzern Versicherungskammer

Maximilianstraße 53 | 80530 München

Telefon (0 89) 21 60-0 | service@vkb.de | www.vkb.de